

Nachabonnements für die Monate November und December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Österreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 5 Mark angenommen.

Bon auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direct bei der Expedition erworben zum Preise von 6 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankiertem Kreuzband geschieht.

Augesichts der in diese Monate fallenden Verhandlungen des preußischen und sächsischen Landtages wird zu zahlreicher Beteiligung an diesem Nachabonnement aufgefordert.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 27. Oct. Sr. Maj. Kanonenboot Nautilus, vier Geschütze, Commandant Kapitän-lieutenant Choden, ist am 20. Sept. auf der Reise nach Sydney in Batavia eingetroffen. Sr. Maj. Glattdeckscorvette Prinz Adalbert, 12 Geschütze, Commandant Kapitän zur See Mac-Lean, traf am 26. Aug. in Wladiwostok ein, ging am 1. Sept. in See, ankerte am 6. Sept. im Hafen von Halodade, verließ diesen Hafen am 11. Sept. und ist am 17. Sept. in Tokuhama eingetroffen. Sr. Maj. Kanonenboot Cyclop, vier Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant von Schuckmann I., ist am 28. Aug., von Nagasaki kommend, in Halodade eingetroffen. Sr. Maj. Glattdeckscorvette Freya, acht Geschütze, Commandant Corvettenkapitän v. Hippel, ist am 26. Oct. von Wilhelmshaven, auf der Reise nach der Westküste Südamerikas, nach Plymouth in See gegangen.

* Wien, 27. Oct. Der heutigen Sitzung des Herrenhauses wohnten die Erzherzöge und die kürlichen Würdenträger bei. Nach Verlesung der Abreisen der Majorität und der Minorität wurde, da zur Generaldebatte niemand das Wort ergrißt, sofort in die Specialdebatte eingetreten. Die beiden ersten Absätze des Majoritätsentwurfes werden ohne Debatte angenommen. Zum dritten Absatz betreffend den Eintritt sämmtlicher czechischer Abgeordneten in den Reichsrath erklärte der Ministerpräsident Taaffe, daß dieselbe nicht ganz mit der Thronrede zu vereinbaren sei; die Regierung wünsche, daß die Verfassung nicht bloß auf dem Gesetze beruhe, sondern auch in dem Herzen der Völker Wurzel lasse, er wünsche eine gemeinsame Adresse zur allzeitigen Versöhnung. Der Abg. Hülbner beantragte infolge dessen ein bezügliches Amendment, worüber der Ausschuss auch sofort in Beratung tritt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Berichterstatter der Ausschussmajorität, daß keine Ueber-einstimmung zwischen beiden Parteien zu erreichen gewesen. In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wurde darauf das Amendment Hülbner's mit 78 gegen 59 Stimmen abgelehnt und die Adresse der Ausschussmajorität mit der Einschaltung eines Absatzes über das Wehrgesetz en bloc angenommen.

* Wien, 27. Oct. Herrenhaus:

Die bereits signalisierte Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe bei Beratung des Alinea 3 des Abreihen-turzes der Majorität lautet: „Beide Abreihentwürfe, welche hier vorgelegt wurden, beurkunden den altösterreichischen

Patriotismus, der immer in diesem Hause vorgewalstet hat. Beide Abreihentwürfe geben Zeugniß von der unveränderlichen Ergebenheit für die erbabene Person unsres begehrten Kaisers und Herrn. Beide Abreihentwürfe schließen sich im großen und ganzen den Anschauungen der allerhöchsten Thronrede an; beide Abreihentwürfe erklären, mit Wohlwollen die Vorlagen, welche die Regierung in Aussicht gestellt hat, der Beratung und Prüfung unterzuhören zu wollen; nur das Alinea des Abreihentwurtes, welches zur Beratung steht, kann nicht vollständig mit den Anschauungen der allerhöchsten Thronrede in Einklang gebracht werden. Die Regierung Sr. Maj. des Kaisers, die nicht bloß auf dem Boden der allerhöchst sanctionirten Verfassung steht, sondern ihre Aufgabe auch darin erblidet, die Verfassung zu kräftigen und zu stärken dadurch, daß sie die Möglichkeit anbahnt, daß die Verfassung sich nicht bloß auf ein Gesetz stütze, sondern auch in den Herzen der Völker und Nationen Wurzel lasse (Bravo!), hat es versucht, die Abgeordneten des Königreichs Böhmen, welche bisher den Verhandlungen des Reichsrathes fern standen, heranzuziehen und es ihnen zu ermöglichen, den gemeinsamen Boden des Reichsrathes zu betreten. In Alinea 3 der allerhöchsten Thronrede wird die Thatache constatirt, daß die Abgeordneten des Königreichs Böhmen, die selber den Verhandlungen fern geblieben, unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Anschauungen vollzählig den Boden der gemeinsamen Verhandlungen bereitet haben, und es wird in diesem Alinea der zuverlässlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es bei allseitiger Währung und gegenseitiger Rechtsachtung gelingen werde, der Verfassung die allzeit fröhliche Anerkennung der Völker zu sichern. Will man nun die Versöhnung und Verständigung, die in der allerhöchsten Thronrede so herlich betont ist, will man dieselbe anbahnen, so muß man alles fern halten, was trennt, und dasselbe suchen, was vereint. (Bravo!) Nur dann ist es möglich, den Aufgaben gerecht zu werden, welche die Thronrede gestellt hat. Ich glaube daher, daß mit einer kleinen Wendering des in Frage stehenden Alinea die Möglichkeit vorhanden ist, daß alle Mitglieder des hohen Hauses, die ja miteinander durch die Liebe zu Kaiser und Reich unlosbar verbunden sind, sich auch werden vereinigen können zu einer gemeinsamen dem Wohle des Reiches gewidmeten Adresse. Da ich die Ehre habe, Mitglied des hohen Hauses zu sein, so werde ich selbstverständlich gegen dieses Alinea stimmen.“ Bei der Abstimmung über alle Alineas des Abreihentwurzes (ausgenommen Alinea 3) und sodann bei der dritten Abstimmung stimmte der Ministerpräsident für den Abreihentwurf der Majorität.

* Wien, 27. Oct. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Mostar vom 27. Oct.: „Der herzoginnaer Aufrührer Spac ist in Kroatien durch Gendarmen gefangen genommen worden.“ — Aus Konstantinopel: „Der montenegrinische Gesandte Radonic hat von der Pforte die formelle Zusicherung erhalten, daß die Übergabe von Gusinje und Plava demnächst stattfinden solle. In gleichem Sinne soll auch der dortige türkische Befehlshaber Instructionen erhalten haben.“

Leipziger Stadttheater.

○ Leipzig, 26. Oct. Ein sehr zahlreiches Publikum, sодаß das Neue Theater nahezu ausverkauft schien, sah am gestrigen Abende mit großer Spannung der Vorstellung eines neuen Trauerspiels, „Die Hexe“ betitelt, von Arthur Fitger entgegen, eines Dramas, welches seine Aufführung in unserm Stadttheater in erster Hand dem hiesigen Lessing-Vereine zu danken hat, welcher das Drama würdig befunden, es zur Aufführung in Vorschlag zu bringen. Sowol dieses Bengnis eines Vereins, dessen Bestrebungen auf die Pflege der dramatischen Kunst im Geiste Lessing's gerichtet sind, wie auch die bereits bewährte Leistungsfähigkeit des Dichters auf dramatischem Gebiete bürten dafür, daß man zum mindesten etwas Gutes zu erwarten hatte.

Der Inhalt des fünfactigen Trauerspiels ist kurz folgender: Thalea v. Haidebroek, eine reichbegüterte Jungfrau, hat nach dem spurlosen Verschwinden ihres von ihr tot geglaubten Bräutigams, Edvard v. Wiarda, in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges sich unter der Leitung eines jüdischen Gelehrten, Simeon, den Wissenschaften ergeben und sich in so auffallender Weise von den Gewohnheiten ihres fröhlichen Lebens getrennt, daß ihren ostfriesischen strenggläubigen Landsleuten sehr bald allerlei Bedenken auftauchen, die sich im Verlaufe der Zeit zu der unheilvollen Ansicht steigern, Thalea sei eine Hexe. Das dringt plötzlich in die einsamen Mauern des Schlosses, welches Thalea nur mit einer anmutigen jüngern Schwester, Almuth, bewohnt, die überraschende freudige Kunde, es sei Friede

und Edvard lebe an der Spitze seiner Kampfgenossen glücklich heim. Edvard sieht seine geliebte Thalea wieder, bemerkt aber sofort, daß sie in der langen Abwesenheit eine ganz andere geworden, und erkennt nur in der jüngern Almuth das leider zu treue Ebenbild seiner fröhlichen Thalea. Mit diesem Hinweis auf einen zweiten Conflict schließt der erste Act. Thalea bemerkt die bis zu einem glühenden Liebesgeständnisse emporkeimende Neigung ihrer Schwester und ihres Bräutigams und ist entschlossen, ihr Glück sich nicht rauben zu lassen. Bei dem Gange nach der Kirche jedoch versagt ihr die Kraft, diesen Entschluß durchzuführen. Das Volk aber sowol das protestantische wie das katholische, von einem Jesuiten zu vereinigtem Vorgehen und zur höchsten Wuth gegen die Hexe aufgestachelt, glaubt in der Weigerung Thalea's, die Kirche zu betreten, einen neuen Beweis von ihrer Hexerei zu haben. Lubbo, der Wachtmeister Edvard's und von diesem einst aus Lebensgefahr gerettet, fordert die „Hexe“ auf, auf die Heilige Schrift ihre Unschuld zu beschwören. Thalea verzweigt jedoch die heiligen Blätter und fordert Gott auf, sie für diesen Frevel, wenn es einer sei und wenn er es vermöge, zu strafen. Der Stein, mit welchem Lubbo nach dieser Lästerung die Hexe tödten will, trifft die Schwester Almuth. Die dadurch im Volle hervorgerufene Verlossenheit benutzt Edvard, um sich mit den Frauen in die Burg zu flüchten. Die Belagerung derselben durch das empörte Volk bringt uns der fünfte Act. Almuth ist nur verwundet, ist jedoch in Gefahr, in dem beschossenen Schlosse zu verbrennen, wenn sie nicht gerettet wird. Um diese Rettung zu erlaufen, ist

* Budapest, 27. Oct. In einer der nächsten Sitzungen der Deputirtenkammer wird die Regierung derselben einen Entwurf über die Verstaatlichung der Eisenbahnen zur Annahme vorlegen.

Die Verantwortlichkeit der Parteien.

= Leipzig, 28. Oct. Die National-Liberale Correspondenz bringt in ihrer neuesten Nummer einen Artikel: „Die national-liberale Partei am Beginn der Landtagsfession“, worin es gleich im Eingange heißt:

Die Situation der national-liberalen Partei ist gegen früher erheblich vereinfacht. Solange diese Partei infolge ihrer numerischen Stärke die „auschlaggebende“ war, lastete auf ihr in der That eine erhöhte Verantwortung, eine Verantwortung, welche ihr politisches Handeln um so mehr erschwerte, als sie einerseits bei all ihrem Übergewicht inmitten der Parteien doch nicht unmittelbar über die Majorität verfügte, andererseits in dem Fürsten Bismarck sich einem Factor gegenüberstand, dem gegenüber parlamentarische Majoritätsbeschlüsse unter Umständen ohne jede praktische Bedeutung blieben. Kurz, die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche der national-liberalen Partei gerade durch ihre „auschlaggebende“ Stellung bereitet wurden, liegen auf der Hand. Heute ist sie — dank den schweren Verlusten, welche sie in den Wahlen erlitten — von diesen Schwierigkeiten befreit.

Das Thema von der „Verantwortung“ der national-liberalen Partei spielt seit lange in den Spalten der National-Liberalen Correspondenz eine große Rolle. Dabei wird aber diese Verantwortung hingestellt wie etwas, was die Partei und jedes ihrer Mitglieder als eine Last empfinden und daher leichten Herzens aufgeben müßte. Wir haben nun freilich von der Verantwortlichkeit sowol der einzelnen Abgeordneten als der Gruppen oder Fraktionen in einem Parlamente eine wesentlich andere Vorstellung. Uns erscheint dieselbe als die Summe aller parlamentarischen Pflichten, wie des einzelnen, ebenso, und noch mehr, einer Partei. Gleichviel, ob in der Majorität oder Minorität befindlich, muß jeder Abgeordnete und muß jede Partei alles daran setzen, nicht bloß, um im einzelnen solche Beschlüsse zu verhindern, die für das Ganze unheilvoll erscheinen, und solche zu fördern, die dem Ganzen Nutzen versprechen, sondern auch, um die ganze parlamentarische Situation so zu gestalten, daß die Überzeugungen, zu denen sich der einzelne Abgeordnete und seine Partei nach bestem Wissen und Gewissen bekennt, womöglich zur Geltung gelangen und dem Vaterlande Frucht tragen.

Es mag ja mitunter äußerst bequem sein, sich als Minorität zu fühlen und so jede „Verantwortung“

Thalea bereit, sich den Gerichten und, was dasselbe fürt jene Zeit sagen will, dem Tode zu überliefern. Diesen Vertrag schließt Thalea mit Lubbo und dem Jesuiten, welche sich, während die Vertheidiger der Burg unter Führung Edvard's einen Ausfall gewagt haben, Eingang in die Burg verschafften.üblich erköt der Ruf: Sieg! Da hieß Lubbo einen Dolch und stößt sein Opfer, damit es ihm nicht wieder entrinnen werde, nieder.

Die erste Frage, welche man im Hinblick auf diesen Stoff, vor allen auf seinen tragischen Ausgang, aufwerfen könnte, ist wol die: was ist Thalea's tragische Schuld, was erheischt ihren Untergang? In dem Entschluß der „Hexe“, ihr bereits verlorenes Liebesglück zum Unheil zweier anderer entzogen zu wollen, womit der dritte Act auf dem Gipspunkte der Handlung in wirksamster Weise schließt, glaubten wir momentan eine moralische Schuld erkennen zu müssen, aber der Dichter belehrt uns, und bezüglich des durchaus edel gehaltenen Charakters der Thalea mit gutem Grunde, bereits zu Beginn des vierten Actes in der Entzündung der Thalea eines andern. Auch daß der Dichter in der zumal für jene Zeit unerhörten Kundgebung Thalea's von ihrer Freigießerei eine Schuld gefunden habe, dürfen wir nicht annehmen, denn dadurch würde einertheils der Charakter Thalea's überhaupt von Anfang an schuldbeladen erscheinen, andertheils aber das Richteramt über diese eminente Schuld durch fanatische Bauern durchaus unmöglich Händen überlassen werden sein. Dass der Dichter jedoch die Gottesleugnung der „Hexe“ in so schrankenloser Weise steigert, daß einem selbst bei freier Anschauung Ge-

für zu fassende oder gefaßte Beschlüsse eines Parlaments von sich ablehnen zu können. In dieser Stellung befindet sich seit lange die Fortschrittspartei. Aber wie oft ist gerade dieser, wenn sie der national-liberalen Partei ihre Geneigtheit zu Compromissen vorwarf, von Wortführern dieser letztern zugerufen worden: „Sie haben gut opponieren, denn Sie wissen, daß ihr Nein die Mehrheit nicht haben wird.“ Und jetzt soll die national-liberale Partei etwas Nehnliches thun?

Die National-Liberale Correspondenz versichert zwar wiederholt: Pessimismus sei ihr fremd, zu einer systematischen Opposition rathe sie der Partei nicht; allein kann das Resultat einer solchen Politik der Nichtverantwortlichkeit, wie die National-Liberale Correspondenz sie definiert, schließlich wol ein viel anderes sein als dieses, daß man mehr Bestrafung empfindet über die Fehler der Gegner und mehr Genugtuung darüber, daß man selbst sagen könne: „Gott sei Dank, daß ich das nicht gehabt habe“, als Schmerz über die dadurch dem Ganzen widerfahrene Schädigung? Wir wenigstens werden bei diesem vielen Gerede von Verantwortung und Nichtverantwortung immer von neuem erinnert an die triviale Geschichte von dem Jungen und den Handschuhen.

Und wie ist es nur möglich, daß das Organ einer großen Partei im Ernst sagen kann: die Partei sei in eine bessere Lage versetzt „dan“ ihren Verlusten bei den Wahlen?

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Präsident Graf v. Arnim-Boizenburg eröffnet die Sitzung am 27. Oct. mit der Mitteilung, daß Se. Maj. der Kaiser den Vorstand der Generalsynode in Audienz empfangen habe. Nachdem er (Präsident) einen ausführlichen Vortrag über die Arbeiten der Generalsynode gehalten, habe Se. Maj. seine hohe Bestrafung über den Verlauf der Verhandlungen der Synode ausgesprochen.

Der Präsident gibt alsdann eine Übersicht über die noch zu erledigenden Vorlagen: 1) Gesetz betreffend die Ausschreibung von Umlagen zu provinziellen und landeskirchlichen Zwecken; 2) Gesetz betreffend die Verlegung der katholischen Pflichten; 3) die Trauungsordnung; 4) Erweiterung der Bestimmungen der Pfarrwahlordnung; 5) die Vorlage betreffend den vorläufigen Theilungsmahstab für die Kosten der Generalsynode; 6) die Denkschrift über den Stand der Stolgebührenangelegenheit; 7) drei Anträge von Provinzialsynoden und 8) 25—30 Petitionen. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, diese Vorlagen bis Ende dieser Woche zu erledigen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung der Trauungsordnung und zwar der §§. 12—15, welche von den Fällen handeln, in denen die Trauung vorzunehmen oder zu versagen ist.

Über diese Bestimmungen tritt die Synode in eine besondere Generaldiskussion ein:

Referent Universitätscurator Dr. Röbenbeck-Halle leitet dieselbe durch eine eingehende Darlegung der Gründe ein, welche die Commission zu ihren Anträgen geführt haben. Er beleuchtet die Vorschläge vom dogmatischen Standpunkte auf und bezeichnet es als den einzigen Vortheil des Reichs-Civilstandsgesetzes, daß dadurch für die evangelische Kirche eine freiere Lage geschaffen sei, die Trauung zu gewähren oder zu versagen, und wenn die Kirche diese Lage richtig

benuhe, dann werde sie im Stande sein, die Werthschätzung der Trauung in dem Bewußtsein des evangelischen Volkes zu erhöhen und zugleich die Überzeugung von der Heiligkeit der Ehe zu stärken.

Der Missionsinspector Dr. Habri-Barmen bezeichnet die Trauung als einen bedeutungsvollen Schritt in der Entwicklung unserer kirchlichen Beziehungen. Er habe die Notwendigkeit einer festen Position des Staates gegenüber Rom anerkannt, aber in Beziehung auf die vom Staat eingeschlagenen Wege habe er zu den Gegnern derselben gehört. Das verschärfte Staatskirchenystem sei ihm stets als ein Anachronismus erschienen. Er würde es als eine Bekleidung des Staates ansiehen, wollte man annehmen, er werde den Weg nach Canossa oder Rom machen, ebenso wenig dürfe der Weg von Rom nach Berlin gemacht werden; eine Lösung der Würnisse und Schwierigkeiten könne nur erfolgen auf dem Wege einer einheitlichen, auf dem Kreis Grundsätze der prinzipiellen Auseinandersetzung von Staat und Kirche gebauten wohlbewilligten Gesetzgebung. Die Trauordnung sei nun ein Object, welches aus dem Gedanken der Trennung von Staat und Kirche herausgewachsen sei; denn die Trauung basire auf dem Reichs-Civilstandsgesetz, welches diese Trennung zur Voraussetzung habe. Seitens der Kirche sei die Stimme gegen die überreite Ausführung des Civilstandsgesetzes erhoben worden, man habe betont, daß dasselbe gegenüber der katholischen Kirche ein Schlag ins Wasser sei würde, und dies habe sich als richtig hergestellt, für die evangelische Kirche aber sei es von erschütternden Folgen gewesen, aber er müsse doch an dieser Stelle den Segen der Civilstandsgesetzgebung befreien und rühmend hervorheben, denn die Trauordnung sei nur auf dem Boden dieser Gesetzgebung möglich gewesen und dieselbe bringe jahrzehntelange Kämpfe und Würnisse, namentlich auf dem Gebiete der Wiedervertragung Geschiedener, zum Abschluß.

Gutsbesitzer Seydel (Kreis Oelsko) hält sich für verpflichtet, namens der acht Mitglieder der Linken seine Abstimmung gegen die Vorlage zu motivieren. Diese Gruppe habe sich zusammengefunden auf dem Grunde von zwei Sätzen, einmal in der Gleichberechtigung aller auf dem Boden der evangelischen Kirche stehenden Vereinigungen und zweitens in der Festhaltung an der gegebenen Kirchenverfassung und für die Entwicklung derselben im Sinne des Gemeindeprincips, und von dieser Grundlage aus müssen er und seine Freunde der Vorlage gegenüber eine ablehnende Stellung einnehmen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß das kirchliche Leben sich bisher in einer Weise gesteigert habe, wie wir es nicht für möglich gehalten (Widerspruch), und diese Erfahrung habe ihm die Ausführungen und Erklasse des Oberkirchenrates in früheren Zeiten wert und weder gemacht, durch die Vorlage aber würde von neuem eine Reihe von Conflicten hervorgerufen werden.

Osprediger Dr. Kögel bezeichnet die Trauordnung als den Abschluß eines funfzigjährigen Kampfes; die Erhöhung der Wiedervertragung bezwecke die Verminderung der Scheidungen und wenn geschrieben sehe: „Was Gott zusammengefügt, das soll der Mensch nicht scheiden“, so heißt dies, daß der Mensch es auch nicht lockern sollte durch eine lateinische Gesetzgebung. Er hoffe zu Gott, daß durch die vorliegende Trauordnung dem Volle alle Zeit vorgehalten werde; getraute Freude ist die best.

Kanzler v. Gosler erklärt sich gegen die Beschlüsse der Commission und für die Vorlage des Oberkirchenrates. Die Commission weiche von dem Prinzip der Vorlage ab, welche dem geistlichen Amte mehr vertraue als die Commission.

Der Regierungscommissar Generalsuperintendent Brücker hält sich für verpflichtet, den fehlern Präsidenten des Oberkirchenrates gegen einige Vorwürfe des Dr. Habri in Schutz zu nehmen. Wenn er demselben vorgeworfen, daß er verschärfte Staatskirchenum herbeiführt, so sei ein derartiger Vorwurf nicht als richtig anzuerkennen. Wenn man die Geschichte des Oberkirchenrates während der letzten sieben Jahre schreiben werde, so werde zu Tage treten, wie sehr der fehlere Präsident bemüht gewesen sei, das Recht der Kirche zu wahren. Der Oberkirchenrat habe keinen Schritt zu vereinen, aber er habe auch keine Ursache, von einer Handlung reden zu lassen, die in ihm vorgegangen sei.

Denken aufsteigen, haben wir ihm um so mehr verdacht, als es, im Hinblende auf die Hexenprozeße jener Zeit, jener „Lästerung“ nicht bedurfte, ein edles Weib dem abergläubischen Volke als Hexe erscheinen zu lassen. Doch wozu eine tragische Schuld, da ja die Notwendigkeit derselben, die selbst ein Lessing in seinen Dramen nicht kennt, nicht erwiesen ist? Daß Thalea das Herz ihres Bräutigams verlor, hat der Dichter in ihrer gänzlichen Umwandlung motiviert, und nachdem Thalea sowohl ihr Liebesglück wie ihren Glauben und ihre Zufriedenheit verloren, hat auch ihr Tod etwas Versöhnedes, da er sie von ihrem zerstörten Leben befreit.

Die Sprache ist durchaus edel und gebankt, die Charakteristik wahr, wenn auch die Philosophie der „Hexe“ eine Abschwächung vertragen könnte, wie das ja auch im fünften Acte in Form eines romanischen Pantheismus versucht wird. Die Exposition ist vortrefflich, einzelne Scenen, wie das Verkünden des Friedens im ersten und der Kirchgang im vierten Acte, sind von großer Schönheit, das allmäßliche Emporleimen der unerlaubten Liebe Edzard's und Almuth's ist psychologisch mit großer Wahrheit gezeichnet.

Die Aufführung war eine dieses vortrefflichen Traverspiels durchaus würdige. Die Titelrolle, in den Händen der Frau Geistlinger, wurde meisterhaft durchgeführt; der die glückliche Braut fast erdrückende Jubel über den wiederfundene Bräutigam, die gewaltig hervorbrechende Leidenschaft am Schlusse des dritten Actes und die große Scene im vierten Acte waren glänzende Perlen der Künstlerschaft dieser Tragödie. Mit zarterer Almuth und Liebreiz stattete Fr. Sa-

tran die Almuth, diese in ihrem opferfreudigen Dulden wahrhaft tragische Gestalt, aus. Charakteristisch, wahr und ohne die geringste unpassende Markierung des jüdischen Typus gab Fr. Pohl den Simeon. Der Edzard des Hrn. Senger war voll Feuer und Leidenschaft; naturwahr brachte der Künstler das Aufsteigen seiner Liebe zu Almuth zum Ausdruck. Von den übrigen Rollen müssen wir noch den Lubbe des Hrn. Pettera und den Xaver des Hrn. Conrad rühmend hervorheben. Die kleinen Partien: Hubert (Fr. Hößner), Hollena (Fr. Sommerstorff), Eilhart (Fr. Ellmenreich), Pfarrer (Fr. Stürmer), Schulmeister (Fr. Broda), Gela (Frau Schubert), Alte (Frau Spizeder) und Theda (Fr. Reineck), wurden zur Zufriedenheit wiedergegeben. Der Autor wurde wiederholt mit stürmischem Beifall gerufen.

Bon einer schon vor Monaten vollzogenen liebenswürdigen Handlung des Deutschen Kaisers erhält das Berliner Fremdenblatt jetzt Kunde. Es handelt sich um Brachvogel's „Racis“. Der Dichter hat das Werk noch vor 1866 den Hoftheatern in Kassel, Hannover und Wiesbaden, allerdings für befehlendes Honorar, läufig überlassen und sich somit jedes weiteren Rechtes auf eventuelle Verzüglich von dem demselben erzielten Einnahmen begeben. Als Brachvogel starb, bestimmte Se. Maj. der Kaiser, auf Vortrag des Generalintendanten v. Höllken, daß der hinterbliebenen Tochter desselben von den vorgenannten drei Hoftheatern 30 Jahre lang die übliche Lantizie von der jedesmaligen Aufführung des Dramas „Racis“ angewiesen werde, unbeschadet der Thatfrage, daß die Villinen das Werk schon erworben hätten.

Über den Untergang des Dampfschiffes A. G. Nordeinstöld an der japanischen Küste gibt Snällposten jetzt nähere Ausklärungen. Das Dampfschiff, welches sich bekanntlich auf der Reise von Malmö nach der Bering-

Str. v. Kleist-Reyow tritt entschieden für die Vorschläge der Commission ein. Er bezeichnet die Abweichung der Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von dem Worte des Herrn in Bezug auf die Scheidungen als einen „grauenhaften Abgrund“. Die vielen Scheidungen hängen zusammen mit den leichtfertigen Ehen, und diese seien wiederum eine Folge der leichten Scheidung und der leichten Wiedervertragung Geschiedener. Die Commission wolle mit ihren Beschlüssen das Gewissen der Kirche schärfen. Die Verflüchtigungen gegen das schäfe Gebot seien so groß, daß das ganze Volk untergeben müsse.

Bürgermeister Böttcher-Magdeburg steht auf dem Standpunkt v. Gosler's; er will die Wiedervertragung Geschiedener so viel als möglich erleichtern und nicht erschweren, denn die Erhöhung der Würnisse und Schwierigkeiten sei eben der Grund davon, daß viele Ehepaare sich mit der civilen geschlossenen Ehe begnügten. Und das halte er für ein Unglück. Deshalb wolle er nicht, wie die Commission es thue, dem Geistlichen Hessen anlegen und seine freie Entscheidung hindern; er wünsche vielmehr, daß man die Entscheidung über die Zulässigkeit der Trauung zuerst dem Geistlichen überlässe und die Instanzen erst eintreten lasse, wenn der Geistliche sich weigere, die Trauung vorzunehmen.

Hierauf wird die Generaldiscussion geschlossen und §. 12 in der Hoffnung der Commission dahin angenommen: „Die Trauung ist nicht statthaft, wenn nicht wenigstens der eine Theil der evangelischen Kirche angehört.“

§. 12 der Commissionsvorschläge lautet in seinen Nummern 1—3 dahin: „Die Trauung findet statt bei allen nach dem bürgerlichen Recht zulässigen Ehen, jedoch sind ausgenommen: 1) Ehen zwischen Christen und Nichtchristen; 2) Ehen Geschiedener, wenn deren Schließung von den zuständigen Organen auf dem Grunde des Worts Gottes nach gemeinsamer Auslegung der evangelischen Kirchen als sündhaft erklärt wird; 3) Ehen solcher Personen, welche als Verächter des christlichen Glaubens oder wegen lasterhaften Wandels oder wegen verschuldeten Scheidung der fehlern Ehe oder wegen ihres Verhaltens bezüglich der Eingabe der Ehe der Segen der Trauung ohne Angenossen nicht ertheilt werden kann.“ Diese drei Nummern wurden ohne Discussion unverändert angenommen.

Die Nr. 4 ist von der Commission neu eingefügt. Sie lautet: „Ehen, welche gegen den Willen des ethelichen Vaters und falls dieser verstorben ist sowie bei unehelichen Kindern gegen den Willen der Mutter eingegangen sind, sofern nicht die Einwilligung aus stiftlich unzureichenden Gründen ver sagt wird.“

Geh. Commerzienrath Stumm beantragt die Streichung dieser Bestimmung, weil er in derselben eine sehr schwierige Verhinderung der Interessen der evangelischen Kirche erblickt, so schwer, daß er, falls dieselbe Annahme fände, gegen die ganze Trauordnung stimmen würde. Er halte die väterliche Autorität für sehr hoch, aber der Vorschlag der Commission würde diese Autorität nicht nur nicht stärken, sondern auf das tiefste herabwürdigen.

Auch der Präsident des Oberkirchenrates Dr. Hermann erklärt sich gegen diese Nr. 4, während Superintendent Huchzermeyer erklärt, daß mit der Streichung dieser Nummer zugleich das vierte Gebot gefährdet werde und daß der Sinn des Stumm'schen Antrags dahin gebe, die Kirche sollte die Autorität der Eltern nicht mehr föhlen. Bei der Abstimmung wird die Nr. 4 dem Antrage Stumm gemäß mit großer Majorität gestrichen.

§. 13 Nr. 5 der Commissionsvorschläge will von der Trauung ausschließen: „Gemische Ehen, vor deren Eingabe der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in der römisch-katholischen oder in einer andern nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Dr. v. Wedell beantragt, diese Bestimmung dahin zu ändern: „Ehen evangelischer Männer, welche die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nichtevangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt haben.“

Fr. v. Reck beantragt folgende Fassung: „Gemische Ehen, vor deren Eingabe der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Nach kurzer Diskussion werden diese Amendements abgelehnt, die Nr. 5 in der von der Commission vorgelegten Fassung wird angenommen.

Nachdem Fr. Hempel für die Commissionsvorlage plai-

niert, vermittelte er die Commissionsvorlage der Commissionsvorschläge will von der Trauung ausschließen: „Gemische Ehen, vor deren Eingabe der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in der römisch-katholischen oder in einer andern nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Fr. v. Wedell beantragt, diese Bestimmung dahin zu ändern: „Ehen evangelischer Männer, welche die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt haben.“

Fr. v. Reck beantragt folgende Fassung: „Gemische Ehen, vor deren Eingabe der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Nach kurzer Diskussion werden diese Amendements abgelehnt, die Nr. 5 in der von der Commission vorgelegten Fassung wird angenommen.

Nachdem Fr. Hempel für die Commissionsvorlage plai-

niert, wird die Commissionsvorschläge verändert an-

Bei §. 14
der Thei-
die Trauung
Geistlichen zu
den leichten
Hr. v. G.

Der Geist-
Trauung ab-
pflichtet, in
die Entscheid
des Gemein-
Nr. 3, 4 und
über die Zu-
die Entscheid
wichtigsten w
satzes an die
entschieden.

Dr. v. G.
missionsvor-
der Ehe
dener nicht
fallen lassen.

„Ob die Ehe
versagen sei,
meinderrath.“
scheiden soll
das entspre-
hochzeitlichen
gerne inner-
besten das f
zu entschie-
deres Kirche
mit dem sta-
ziehung die han-
sere Hoffnung
Generalrath
Vorlage des
durchaus er-
Es sei doch
liche den Peo-
als alle and-
sei am ehest
den des bös-
daber auch
Trauung Ge-
sitten der Ge-
pastoren“ an-
würdig sein,
des Oberfor-
Sie, weniger
Der Antrag
nehmbar.

Dr. v. G.
vermittelte
stern der Com-
das Amend-
Nr. 5 der
Heraus
abgelehnt ur-
Al. 2, n
mit 126 ge-
liche Zweide-
ganze Parag-
nommen.

§. 14 der
der Amend-
62 Stimme
drittel-Mehr-
Damit

ledigt und
nachmittags
Anträge,

Dr. v. G.
Vorlage des
Heraus
abgelehnt ur-
Al. 2, n
mit 126 ge-
liche Zweide-
ganze Parag-
nommen.

§. 14 der
der Amend-
62 Stimme
drittel-Mehr-
Damit

vermittelte
stern der Com-
das Amend-
Nr. 5 der
Heraus
abgelehnt ur-
Al. 2, n
mit 126 ge-
liche Zweide-
ganze Parag-
nommen.

§. 14 der
der Amend-
62 Stimme
drittel-Mehr-
Damit

ledigt und
nachmittags
Anträge,

Dr. v. G.
Vorlage des
Heraus
abgelehnt ur-
Al. 2, n
mit 126 ge-
liche Zweide-
ganze Parag-
nommen.

Wir ha-
welche die
denten Dr.
derselbe in
der Evang.
Jetzt nim-
ein streng
zur Abwehr
unter ande-

Der von
in einer Bei-
Angriff auf
Dr. Brücker
von Seiten d
mehr seige
mögig Adm
wie jene Be
weltlichen E
dienst Kreis
dunkel hat
Generalrath
Vorlesung l
dem, daß
Verwechsle
hat. In i
„Germania“
Protestanten
der 14. Si

Eine Ku
seit Jahrbu
An der sic
mit der In
nung.“ Da
seiten Seite

ie Vorschläge
dem Worts
als einen
bungen hän-
d die leicht-
istion wolle
he schärfen.
seien so groß,
dem Stand-
Geisleder
eren, denn
h viele Chri-
begnügen.
Se er nicht,
Fesseln an-
polische viel-
stigkeit der
e Instanzen
elgere, die
n und §. 12
men: „Die
us der eine
einen Num-
i allen nach
sind ausge-
ichtskritiken;
on den zu-
rtes Gottes-
kirchen als
n, welchen
egen laster-
eitung der
züglich der
Abergauß
ern wurden
esfügt. Sie
hen Vaters
en Kindern
sofern nicht
nden ver-
Streichung
ehr schwere
erbligt,
gegen die
der Com-
son, sondern
r. Hermes
rintendent
r Number
d, daß der
die Kirche
Bei der
um gemäß
von der
eren Ein-
ammlung
er anderem
hat.“
dahin zu
Erziehung
Religions-
Gemeinde
il die Er-
lischen Re-
ents abge-
schlagenen
lage plai-

heit, wird dieselbe unter Ablehnung aller Amendments unverändert angenommen.

Bei §. 14 beantragt Dr. Tauscher, von den beiden Gründen der Entscheidung, wegen deren die Entscheidung über die Trauung Geisleder nach der Commission vorlage dem Geistlichen zuliegen soll: Chebruch oder höfliche Verlassens, den leichten Grund zu streichen.

Dr. v. Gohler beantragt folgende Fassung des §. 14: Der Geistliche, welcher auf Grund der §§. 12 und 13 die Trauung ablehnt, ist auf Verlangen der Bekehrten verpflichtet, in den Fällen der §§. 12 und 13, Nr. 1 und 2 die Entscheidung des Kreissynodalvorstandes nach Anhörung des Gemeindeschenkerrates und in den Fällen des §. 13, Nr. 3, 4 und 5 die Entscheidung des Gemeindeschreiters über die Zulässigkeit der Trauung herbeizuführen. Gegen die Entscheidung des Kreissynodalvorstandes haben die Bekehrten wie der Geistliche die Beschwerde an das Consistorium und gegen die Entscheidung des Gemeindeschreiters an den Kreissynodalvorstand, welche beide endgültig entscheiden.“

Dr. v. Kleist-Reichow plädiert für Annahme der Commission vorlage. Man darf im Interesse der Heilighaltung der Chor die betreffenden Fälle der Wiedertrauung entscheiden nicht unter die gewöhnliche Recurinstanz des §. 14 fallen lassen.

Professor Dr. Kleinert verteidigt folgenden Antrag: „Ob die Trauung einer rechtsgültig geschlossenen Chor zu versagen sei, bestimmt in jedem einzelnen Falle der Gemeindeschenkerath.“ Wenn der Geistliche an erster Stelle entscheiden soll, tritt er an die Stelle des Rechtsvollstreckers; das entspricht mehr der Stellung des Geistlichen in der katholischen als in der evangelischen Kirche. Ob ein Anerkennung innerhalb der Gemeinde gegeben werde, vermöge am besten des Organ der Gemeinde, der Gemeindeschreiters, zu entscheiden. Es wäre auch zu bedauern, etwa ein besonderes Kirchentrauricht zu schaffen, welches in Collision käme mit dem staatlichen Eherecht. Beide sollen in ethischer Beziehung auf derselben Basis stehen. Dass Staat und Kirche sich die Hand reichen ist nötig, und dass dies gelinge, unsere Hoffnung.

Generalsuperintendent Propst Dr. Brückner vertritt die Vorlage des Oberkirchenrates. Zwei Drittel aller Entscheidungen erfolgen infolge Chebruchs oder höflichen Verlassens. Es sei doch gewiss unbestreitbar, dass jedenfalls der Geistliche den Personen selbst, um die es sich handle, näher steht als alle andern vorgeschlagenen Instanzen. Der Geistliche sei am ehesten in der Lage, die geheimen Gründen und Sünden des höflichen Verlassens zu erkennen, ihm möge man daher auch vertrauen wollen, wenn er wegen der Trauung Geisleder überlassen. Einen Missbrauch von Seiten des Geistlichen, dass sich etwa sogenannte „Trauungs-pastoren“ ausbilden könnten, sei nicht zu fürchten, zudem würden dagegen die geistlichen Überbehörden noch kräftig genug sein, einzutreten. Glaubt man aber der Vorlage des Oberkirchenrates nicht zustimmen zu können, so bitte ich Sie, wenigstens das Amendment von Gohler anzunehmen. Der Antrag Tauscher ist für das Kirchenteigement unannehmbar.

Dr. v. Gohler zieht darauf seinen Antrag, welcher zu vermittelnd bestimmt war, aus fachlichen Gründen zu Gunsten der Commission vorlage zurück. Graf Rothkirch nimmt das Amendment v. Gohler wieder auf.

Dr. Kleinert zieht sein Amendment zu Gunsten der Vorlage des Oberkirchenrates zurück.

Hierauf wird das Amendment des Grafen Rothkirch abgelehnt und §. 14, 1, der Commission vorlage angenommen. Al. 2, welche eine Verfassungsänderung involviert, wird mit 126 gegen 62 Stimmen angenommen. Die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit ist also genau erreicht. Der ganze Paragraph wird mit 124 gegen 60 Stimmen angenommen.

§. 14 der Commission beschlossen wird, nach Zurückziehung der Amendments Tauscher und von der Redte mit 124 gegen 62 Stimmen (wiederum genau der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit) angenommen, dagegen §. 15.

Damit ist die erste Lesung der Trauordnung erledigt und verlagt sich die Synode auf den 28. Oct., nachmittags 4 Uhr. Tagessordnung: Petitionen und Anträge, Vorlage betreffend die Pfarrwahlordnung.

Katholizismus und Protestantismus.

Wir haben seinerzeit die heftigen Angriffe erwähnt, welche die »Germania« gegen den Generalsuperintendenten Dr. Brückner aus Anlass der Predigt, welche derselbe in dem feierlichen Gottesdienst zur Eröffnung der Evangelischen Generalsynode hielt, gerichtet hat. Jetzt nimmt nun der Evangelisch-Kirchliche Anzeiger, ein streng katholisch-protestantisches Blatt, das Wort zur Abwehr jener ultramontanen Angriffe. Er schreibt unter anderem:

Der von ultramontaner Seite in der »Germania« und in einer Versammlung der Berliner Centrumspartei erfolgte Angriff auf die Synodalpredigt des Generalsuperintendenten Dr. Brückner hat bewiesen, dass es endlich hohe Zeit ist, von Seiten des positiven Protestantismus auf die sich immer mehr steigernde Anmaßung des Ultramontanismus pflichtmäßig Acht zu geben. Denn wenn sowohl die »Germania« wie jene Versammlung sich nicht gescheut haben, mit dem weltlichen Strafrichter zu drohen, dann zeigt sich, dass in diesen Kreisen der Syllabus des Evangeliums gänzlich verdunkelt hat. Wenn nun außerdem die »Germania« dem Generalsuperintendenten von Berlin glaubt eine theologische Vorlesung halten zu können, so darf man sich nicht wundern, dass dieser Mangel an Bescheidenheit sie zu einer Verweichselung von Privattheiten und Ohrenbedeckung geführt hat. In ihrer eingebildeten Gelehrsamkeit über sieht die »Germania«, dass zwischen ihr und den von ihr citirten Protestanten ein breiter Graben ist, nämlich die 15 Fälle der 14. Sitzung des Tridentiner Concils.

Eine Krise der Geister, so umfassend und so tief wie seit Jahrhunderten nicht, geht gegenwärtig durch die Welt. An der lichlichen Herstraße steht aufgerichtet eine Tafel mit der Inschrift: „Der Papst ist die Söhne der Weltordnung.“ Dürfen wir Protestanten an diesem hoch aufgerichteten Zeichen vorübergehen, dürfen wir diese Stimme, die

millionenschwach widerhallt, überhören? Davor wolle uns Gott bewahren! Nein, hier liegt eine furchtbar ernste Gewissensfrage für jeden Protestant, welche nicht durch eine eingeknickte Formel, sondern nur durch ein unmittelbares gegenwärtig lebendiges Geisteszeugnis beantwortet werden darf. Denn jene absolute Position tritt auf mit einer absoluten Negation. Diese Negation ist die Verdammung der Protestanten. Wie das Concil zu Trient mit dem Doppelschlag gegen die Protestanten schloss, so begann das Vaticanische Concil mit einer Verurteilung der Protestanten und fügte den alten Sünden gegen die Protestanten mehrere neue hinzu. Das wider uns ausgesprochene Anathema bedeutet aber nach offizieller Auslegung der päpstlichen Kirche „die Scheidung von Gott“, d. h. die Verdammung. Und nothwendigerweise hat dieses feierliche Anathema gegen uns seine Folgen.

Der gegenwärtige Papst, Leo XIII., hat schon als Bischof von Bergugia den Protestantismus als den „pestilentialistischen Irthum“, als ein „dummes und hochmütiges System“ verbrandmarkt. Derselbe hat in seinem bekannten Schreiben an den Cardinal Nina und ebenso in seiner neueren Encyclica vom 4. Aug. 1879 unsere Reformatoren als die intellectuellen Urheber der neuesten atheistischen Kirchen und communisticchen Frevel angeklagt; er hat den Bau von protestantischen Kirchen in Rom für eine Verhöhnung seines Glaubens erklärt; er hat neulich einem Verein seinen Segen ertheilt, der den Canisius als den zweiten Apostel der Deutschen verehrt und im Sinne dieses Apostels wirken will. Pater Canisius aber ist der erste deutsche Jesuit, der unter anderm die Absicht des Deutschen Kaisers, den Verkehrungseifer des Concils zu Trient zu mildern, bereitete hat.

Die »Germania«, welche über die gelegentliche Erwähnung des Beichtstuhles in der Eröffnungsrede der Generalsynode so entzweit ist, berichtet am 4. Oct. d. J.: „Dr. August Nöbling, Professor der Theologie in Prag, hat in Anerkennung einer wissenschaftlichen Leistung von Papst Leo XIII., ein ehrendes Handschreiben erhalten.“ Dieser Theologe fällt in seinem mit Genehmigung der geistlichen Oberen 1875 erschienenen Buche über den „Antichrist“ folgendes Urtheil über den Protestantismus: „Wohin der Protestantismus seinen Fuß setzt, verbort das Gras, geistige Leere, Verwilderung der Sitte, schauerliche Trostlosigkeit der Herzen sind seine Früchte; ein Protestant, der nach Luther's Recepten lebt, ist ein Ungehöriger, Vandalismus und Protestantismus sind identische Begriffe.“

Laut und öffentlich vollzieht das gegenwärtige Papstthum über und Protestanten das Verdammungsurteil, und 130 Mill. Christen betonen ausdrücklich oder thatsächlich, dass dieser geistliche Richterspruch göttliche Wahrheit ist. Angesichts dieser Thatsache muss ein gewissenhafter Protestant zu einer ernsten Klärung und Gewissheit kommen. Ist die Reformation von Gott oder vom Satan? Ist Luther ein freuderner Titan gegen die kirchliche und nationalen Einheit, oder ist er ein von Gott gesandter Kirchenlehrer? Sind unsere reformatorischen Wkenntnisse Menschenkindlein, oder sind sie aus dem ewigen Gotteswort geboren? Diese Fragen prägen Herzen und Nieren, denn sie wollen mit Ja oder Nein beantwortet sein.

Deutsches Reich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt folgendes etwas eigenhümliche Démenti:

Auf seiner Reise durch die Rheinprovinz hat der Dr. Minister v. Puttkamer die Gelegenheit, welche ihm ein Festmahl in Essens darbot, ergriffen, um den Gefühlen der Freunde und Danckbarkeit Ausdruck zu geben, welche jede Vereinigung patriotischer Männer darüber empfindet, dass Sr. Maj. dem Kaiser vergönnt ist, nach so schwerem körperlichen Leiden seinen Regentenpflichten wieder mit derselben Hingabe und Selbstverleugnung obzuliegen wie seit seinem Regierungsantritte. Wenn nach der Essener Zeitung der Dr. Redner den Triumphzug mit einer Bezugnahme auf die tags zuvor von der Kölnischen Zeitung gebrachten Mittheilungen über das Ergebnis der wiener Besprechungen geschlossen zu haben scheint, so dürfen wir an die Warnung erinnern, welche vor einigen Tagen auszusprechen uns verpflichtet gehalten haben. Ueber die Verhandlungen in Wien können nur sehr wenige Personen zuverlässig unterrichtet sein, und nach den durch die Reichsverfassung geordneten Kompetenzverhältnissen würde es ein Feindschluss sein, anzunehmen, dass der preußische Herr Cultusminister über einen Act der Politik des Reiches genau informiert sei und unter den sich widersprechenden Zeitungsnachrichten gerade die Angaben der Kölnischen Zeitung als authentisch habe bezeichnen können.

Wir nennen dieses Démenti eigenhümlich, und zwar aus folgendem Grunde. Es ist bekannt und zugestanden, ja gewissmässig selbstverständlich, dass dem sogenannten „diplomatischen Ausschuss“ des Bundesrates Mittheilungen über die Vorgänge in Wien gemacht worden sind. Jede Bundesregierung, also auch die preußische, musste ihren Vertreter in diesem Ausschuss instruieren, wie er diesen Mittheilungen gegenüber sich zu verhalten habe. Es ist daher kaum anders möglich, als dass die wiener Abmachungen Gegenstand der Debatte im preussischen Staatsministerium gewesen sind. Uebrigens scheint uns von zwei Dingen nur eins möglich. Entweder hat Dr. v. Puttkamer eine schwere Indiscretion begangen, dann kann Fürst Bismarck — bei der Strenge, womit er in Dingen der auswärtigen Politik auf Disciplin hält, und mit Recht — unmöglich zugeben, dass Dr. v. Puttkamer länger in der Lage sei, solche Indiscretions zu begehen. Oder Dr. v. Puttkamer wusste sich zu jener öffentlichen Kundgebung autorisiert — dann ist das Démenti der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein völlig unberechtigtes.

Nach Mittheilungen des Peister Lloyd aus Berlin fielen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser Wilhelm und dem Fürsten-Reichsanzler betrifft der

Stellung Deutschlands zu Österreich und Russland in eine etwas fröhlichere Zeit. Schon von Gastein aus habe Fürst Bismarck ein eventuelles Dimissionsgesuch eingereicht. Doch sei ihm noch gelungen, durch eine Denkschrift mit allerlei „Entschlüsse von Thatsachen“ den Kaiser für seine Ansicht zu gewinnen. Richtig scheint, was schließlich der Peister Lloyd sagt:

„Ehe Fürst Bismarck den Weg nach Wien angetreten hatte, mussten die Differenzen zwischen seinen Anschauungen und jenen des Kaisers schon beglichen sein. Fürst Bismarck wäre wohl kaum nach Wien gekommen, wenn er dort nicht als Bevollmächtigter des Kaisers Wilhelm im ganzen und vollen Sinne erscheinen durfte.“

Der Kölnischen Zeitung wird aus Berlin geschrieben: „Hier spricht man von einer deutschen Note, die nach Petersburg gerichtet sei, um von den wiener Abmachungen in freundlicher Weise Anzeige zu machen. Wir übergehen, was über den Inhalt der Note im einzelnen mitgetheilt wird, da wir nicht einmal die Existenz eines solchen amtlichen Schriftstücks verbürgen können, geschweige dessen Inhalt.“

Aus Berlin vom 26. Oct. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Die Berufung des Haushaltes des Fürsten Bismarck nach Varzin hat hier zu mancherlei Besorgnissen Anlass gegeben, die indessen wohl unbegründet sind; von einer ernstern Erkrankung des Fürsten ist hier nichts bekannt, dagegen weiß man, dass seine neuralgischen Leiden in den letzten Tagen heftiger aufgetreten sind und ihn auch verhindert haben, seinem Wunsche gemäß dem Begräbnisse des verstorbenen Staatsministers v. Böllow beizuwohnen.“

Preußen. × Berlin, 27. Oct. In dem am 24. Oct. abgehaltenen Ministerrathe ist die morgige Thronrede festgestellt und sofort dem Könige zur Genehmigung vorgelegt worden. Die Erwartung, dass darin etwas über die neuesten Vorgänge der auswärtigen Politik vorkommen werde, dürfte nicht befriedigt werden, da Fragen der auswärtigen Politik schon seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes den Reichsthronreden vorbehalten sind. Die morgige Thronrede wird sich auf innere Fragen Preußens beschränken, wie die Weiterführung der Finanzreform auf dem Grunde der von der Regierung bereits angebahnten Reform, die Eisenbahnenfrage, die Weiterführung der Verwaltungsreform ic. Die Annahme, dass sich die Thronrede über die Kirchen- und Schulfrage äußern werde, wird sich ebenfalls nicht bestätigen, weil für die Session weder in Kirchenpolitischen noch in Schulfragen ein legislatives Vorgehen in Aussicht genommen ist. Das Herrenhaus wird sich gleich nach Übereinweisung des vorhandenen Materials an die Commissionen auf einige Zeit vertagen, um der Generalsynode für ihre Verhandlungen, die sich bis in die nächste Woche hinein erstrecken dürften, den Sitzungssaal zu überlassen.

Zur Präsidentenwahl im Abgeordnetenhaus bringt die National-Liberale Correspondenz folgenden Artikel: „Die Beschlüsse der Fraktionen über diese Frage stehen noch nicht fest. Mit Wahrscheinlichkeit kann allerdings angenommen werden, dass Dr. v. Bennigsen zum ersten Präsidenten gewählt wird. Für diese Kandidatur werden nicht nur die National-Liberalen, sondern auch die Conservativen, wenigstens der grossen Mehrzahl nach, eintreten. Freilich ist mit absoluter Sicherheit noch nicht zu übersehen, ob die Zahl derjenigen Conservativen, welche für Dr. v. Bennigsen stimmen werden, im Verein mit den National-Liberalen und den liberalen »Wilden« zur Majorität ausreichen. Es könnte sein, dass die Wahl Bennigsen's nur durchdringt, wenn auch das Centrum sich dafür erklärt, und dieses wird sich nur dann dafür erklären, wenn ihm ein Platz im Präsidium eingeräumt wird. Ob die National-Liberalen sich dazu entschließen werden, steht augenblicklich noch nicht fest. Es kommen nach der augenblicklichen Sachlage hauptsächlich zwei Combinationen in Betracht: ein Präsidium Bennigsen-Kölle-Heereman oder ein Präsidium Bennigsen-Kölle-Bethy. Verstehen sich die National-Liberalen zu dem ersten, so würde sich voransichtlich eine sehr starke Majorität ergeben, das letztere würde gegen die Stimmen des Centrums, also jedenfalls nur mit knapper Majorität zu Stande kommen, wenn es nicht überhaupt an dem Widerstande des rechten Flügels der Conservativen scheitert. Die Fortschrittspartei scheint sich lediglich negativ verhalten zu wollen. Die Unsicherheit über das Ergebnis der Präsidentenwahl entspringt ganz besonders daraus, dass von einem ansehnlichen Theile der Conservativen noch nicht bekannt ist, ob sie sich mit der Ausschließung des Centrums vom Präsidium einverstanden erklären, mit andern Worten, ob sie der extremen oder den freien conservativen Richtungen angehören.“

Während so die National-Liberale Correspondenz die Eventualität eines Compromisses der National-Liberalen mit dem Centrum nicht gerade von sich zu weisen scheint, spricht sich die National-Zeitung — unser Erfolg — ungleich wichtiger — darüber so aus:

„Wir sind der Ansicht, dass die National-Liberalen unter

allen Umständen ein Compromiss vermeiden sollen, welches dem Centrum ein Zugeständniß macht. Jahrelang haben der Reichstag und das Abgeordnetenhaus die Ueberzeugung bestätigt, daß das Centrum auf einem Boden steht, welcher es von dem Präsidium schlechthin ausschließt; verweigert es doch einem Theile unserer Staatsgesetze ausdrücklich die Anerkennung. Als vor wenigen Monaten von dieser Richtlinie abgewichen wurde, geschah es in einem sehr traurigen Augenblicke, und es hatte auch für die materielle Gesetzgebung sehr betrübliche Consequenzen, indem alsbald in einer sehr wichtigen Frage den particularistischen Tendenzen des Centrums flatzgegeben wurde. Was hat sich an der Stellung des Centrums und an der Aufgabe der national-liberalen Partei geändert, um den National-Liberalen jetzt zu gestatten, was sie früher immer ablehnten? Unsere Aussöhnung ist daher die, daß unsere Fraction auf jedes Compromiß eingehen darf, welches nur die conservativen Fractionen und die National-Liberalen in seinem Kreis zieht; kommt ein solches Compromiß nicht zu Stande, so mag sie den Ausgang der Wahl getrost dem Schicksal des Wahlkampfes anheimstellen.

— Von einem früher neuconservativen Abgeordneten geht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein Schreiben zu, in dem in Betreff der beabsichtigten Vereinigung der alt- und neuconservativen Schattirungen hervorgehoben wird, daß, wie mit Sicherheit angenommen werden könnte, die sämtlichen alt- und neuconservativen Abgeordneten in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen hinsichtlich der Reform unserer Verwaltungsgesetze und vornehmlich da, wo es gilt, die Prärogative der Krone gegen parlamentarische Eingriffe zu vertheidigen, von Hause aus einig sein werden. „Differenzen sind nur denkbar bei der Behandlung der kirchenpolitischen Dinge, und da wird allerdings für die früher Neuconservativen die Möglichkeit des ferner Zusammengehens aufhören, wenn der Versuch gemacht werden sollte, gemeinschaftlich mit dem Centrum die Regierung zu Concessionen zu zwingen und dadurch deren Stellung bei ihren Verhandlungen mit der Curie zu schwächen. . . . Unter den Herren, welche der altconservativen Partei angehören, sind viele politisch gesuchte Köpfe, und man kann daher annehmen, daß die Herren so viel Verständnis für die Stimmung im Lande haben werden, um nicht zu Gunsten ihrer speziellen Neigungen einen großen politischen Fehler zu begehen und dadurch die Zukunft der conservativen Partei auf Spiel zu setzen. Unter dieser Voraussetzung jedoch können wir einer ersprießlichen gemeinschaftlichen Thätigkeit in einer großen conservativen Fraction entgegensehen.“

— Ueber die Rede des Cultusministers v. Puttkamer in der Generalsynode äußert die Wochen-correspondenz der Deutschen Reichs- und Freiconservativen-Partei:

Diese Ausführungen bestätigen erfreulicherweise, daß Dr. v. Puttkamer an dem Prinzip der Schule als selbständige Staatsanstalt ebenso festhält wie an den Hall'schen allgemeinen Bestimmungen von 1872. Dagegen scheint die Frage, welche Dr. v. Puttkamer nach den Zielen der Volksschule gestellt hat, nicht richtig formulirt. Die allgemeine humanitäre Bildung steht nicht im Gegensatz zur Religion; die Vereinigung beider soll die Volkschule anstreben, nicht einseitig das eine der beiden Ziele verfolgen. Auf diesem Boden stehen die gebildeten Bestimmungen von 1872; man wird daher zunächst abwarten müssen, wie dieser anscheinende Widerspruch in der Wirklichkeit sich löst. Ungleich wünschenswerter wäre es allerdings gewesen, wenn eine völlige Klarstellung der Grundlage erfolgt wäre, von welcher unserer Schulverwaltung auszugehen gedenkt. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß so wenig in gemäßigten Kreisen der einseitigen Förderung der allgemeinen Bildung auf Kosten der Religion das Wort geredet wird, ebenso wenig auch die ausschließliche Berücksichtigung der letztern Bildung findet, und daß eine solche nur allzu rasch dazu führen würde, in der Stimmung des Volkes einen Umschlag im radicalen Sinne herbeizuführen. Man darf hiernach erwarten, daß schon mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage an den Grundlagen der bisherigen Schulpolitik weniger getilkt werden wird, als es vielleicht den persönlichen Neigungen des Unterrichtsministers entspricht.

Auch die national-liberale «Tribune» ist mit dieser Rede so weit einverstanden. Sie sagt:

Die Bestimmtheit, mit welcher der Minister die Schule als eine ausschließliche Einrichtung des Staates den entgegenstehenden geistlichen Ansprüchen gegenüber reklamierte, der Nachdruck, mit dem er die gegen die Hall'sche Schulverwaltung erhobenen tendenziösen Vorwürfe zurückwies, scheinen ein bemerkenswertes Symptom für die inzwischen eingetretene Erkenntniß zu sein, daß Maß zu halten auch für einen sächlich prämonierten Staatsmann nicht nur gut, sondern unter gewissen Umständen sogar unerlässlich ist.

Thüringische Staaten. I Weimar, 26. Oct. Für den preußischen Cultusminister v. Puttkamer hat gestern die officielle Weimarsche Zeitung eine Panze eingelegt, ehe derselbe noch vor der Generalsynode über die Beziehungen zwischen Kirche und Schule sich ausgesprochen. Es wird nämlich im Anschluß an die Bemerkung, daß ein Ministerium mit Bemühen und Puttkamer unmöglich sei, von dem genannten Blatte folgende Erklärung abgegeben: „Nicht daß wir zu den principiellen Gegnern Puttkamer's gehören, im Gegentheil, wir sind überzeugt, daß derselbe im großen und ganzen die nicht leichte Aufgabe, die er in Kirche und Schule zu erfüllen hat und deren Erfüllung unbedingt notwendig ist, gut ausführen wird.“ Müßte eine solche Erklärung an sich schon um deswillen überraschen, weil nicht abzusehen, was man hier für ein Interesse daran haben kann, für Puttkamer einzutreten, so müßte

sie es noch mehr, nachdem tag- vorher die Weimarsche Zeitung das Vorgehen Puttkamer's in Elbing als zu schroff bezeichnet hat, sie also ganz plötzlich zu der Ueberzeugung gefouren, daß er seine Aufgabe gut ausführen werde.

Elsäss-Lothringen. Der Straßburger Zeitung zufolge lautet die Erwiderung des Statthalters v. Manteuffel auf die Ansprache des Präsidenten des unterelsässischen Lehrervereins wörtlich folgendermaßen:

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und für die Aussprache so loyaler Gesinnungen, und ganz besonders freut mich auch Ihr Ausspruch, daß Lehrer, Oberschultheit und Geistlichkeit Hand in Hand geben möchten zum Gedanken der Schule. Das zeigt, daß Sie auf richtigem Wege sind. Die ganze Geschichte lehrt, welchen Nachtheil Priesterherrschaft hat, und auch in Schulen hat sie, wo sie plausgegriffen, deren gehabt. Kein naturngemäß hat die öffentliche Meinung hiergegen reagiert. Seltens jedoch hält Reaction richtiges Maß, auch hierbei hat man vielfach — wenn ich mich den trivialen Ausdrücken bedienen darf — das Kind mit dem Bade ausgeschüttet; man hat nicht blos die Geistlichkeit, sondern auch die Religion ganz aus Unterricht und Schule verbannen wollen. Rom, Athen und Sparta zeigen das Feindselhafte solchen Willens. Von dem Augenblicke an, wo ihre Jugend im Zweifel an ihre Eltern erzogen worden, sind diese Staaten gesunken und untergegangen. Diese Bedeutung hat das Schiller'sche Wort: „Und alles wankt, wo der Glaube fehlt.“ Mit Freuden habe ich es daher begrüßt, daß durch die jüngste Gesetzgebung die Leitung des Cultus und des Unterrichts in Eine Hand gelegt ist. Das wird der Volkerziehung frönen. Halten Sie Ihre hohe Aufgabe stetig vor Augen, dann wird Gott Ihrem Wirken Segen geben.

— Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus dem Reichslande vom 25. Oct.:

Die fortwährende Verstärkung der französischen Armee ist bereits nicht ohne Einfluß auf die Truppenverhältnisse im Reichslande gewesen, indem die hier dislozierten Truppen die Stärke von anderthalb Armeecorps hatten; noch im vorigen Jahre wurden mehrere Regimenter aus Altdänemark hierher in Garnison gelegt. Um aber gegen alle Möglichkeiten gesichert zu sein, geht die deutsche Regierung, wie ich höre, damit um, die Streitkräfte in Elsäss-Lothringen noch weiter zu vermehren. Die neuliche Generalstabstafel des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke nach dem Oberelsäß und dem Breisgau hatte hauptsächlich den Zweck, diese Angelegenheit einer näheren Prüfung zu unterziehen. Von Anlegung eines dritten Wallwerkes zum Schutz des Oberelsäßes ist man abgesehen; dagegen scheint beschlossen zu sein, die daselbst garnisonirenden Truppen zu verstärken. Von Colmar rheinanwärts sind nur vier Batterien Infanterie, und zwar in Mühlhausen, vorhanden; es kann daher einem plötzlichen Angriffe von Belfort der keine genügende Truppenmacht entgegengestellt werden. Uebrigens deutet auch der Umstand, daß dem bewährten Feldmarschall v. Manteuffel neben der Civilautorität auch das Oberkommando über die sämtlichen Truppen in Elsäss-Lothringen übertragen werden soll, darauf hin, daß man die militärische Sicherheit der neuen Provinz unausgesetzt im Auge zu behalten allen Grund hat.

Österreich-Ungarn.

Aus Wien vom 25. Oct. wird der Kölnischen Zeitung berichtet: „Von gutbeglaubigter Seite erhalten ich folgende Darstellung über das deutsch-österreichische Bündniß, welche im wesentlichen mit unseren bisherigen Angaben übereinstimmt. Die in Wien zusammengekommenen Staatsmänner, Bismarck einerseits, Andrassy und Haymerle andererseits, fassten den Inhalt ihrer Besprechungen, durch welche die Grundzüge der zu befolgenden Politik festgestellt wurden, in zwei, wie angenommen werden darf, gleichlautenden Schriftstücken zusammen, welche alsdann von jedem Minister seinem Monarchen zur Kenntnahme und Billigung unterbreitet wurden. Diese Schriftstücke sind von beiden Kaisern genehmigt und unterzeichnet, doch so, daß Kaiser Wilhelm das von Bismarck, Kaiser Franz Joseph das von Haymerle vorgelegte Schriftstück unterdrückt hat, daß somit die Namen beider Kaiser auf einem Schriftstück nicht stehen. Die Thatstunde der Unterzeichnung wurde dann von Berlin nach Wien und umgekehrt mitgetheilt, vielleicht auch Copien oder Duplicate ausgetauscht, doch wird letzterer Punkt nicht mit unbedingter Bestimmtheit versichert werden können. Denfalls kann somit das Vorhandensein eines von beiden Monarchen unterzeichneten förmlichen Abkommens nicht mehr gelehnt werden, und die bisher veröffentlichten offiziösen Angaben sind nichts anderes als nicht sonderlich geschickte Wortlaubereien.“

Die Neue Freie Presse zollt dem hochsinnigen Entschluß des Deutschen Kaisers, die Abmachungen zu Wien zu bestätigen, ihre volleste Huldigung, indem sie schreibt:

Wer gerecht ist, wird es dem greisen Manne auf dem deutschen Kaiserthrone nicht verargen, daß ihm der Verzicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zum petersburger Hof so überaus schwer geworden ist. In dem Alter, in welchem Kaiser Wilhelm sich befindet, ist man nicht gern Verhältnisse, denen man durch ein ganzes langes Leben innig ergeben war. Im Gegenteil, es verdient doppelten Preis, daß der Kaisersitz auf das Staatswohl ein so überwältigender Sieg über die persönliche Neigung eingeräumt wurde. Von einem kriegerischen Zusammenstoß mit Russland ist ja trotz der Allianz mit Österreich-Ungarn nicht die Rede, solange man in Petersburg Frieden hält; aber nichtsbestoener ist es eine bestreitbare That, welche durch den Fürsten Bismarck und seinen Monarchen vollbracht wurde, indem sie das verhängnisvolle und gefährliche Uebergewicht Russlands zerstörten und Österreich-Ungarn die zerstreut wurden. Die Freischaren zogen sich jedoch dann

Hand reichten, welches dem Frieden nachstrebt, um seine Kulturzwecke zu erfüllen und der Wohlfahrt des gesamten Welttheils seine Dienste zu leisten. Kaiser Wilhelm ist, wie man weiß, langsam und bedächtig, wenn es gilt, wichtige Entscheidungen zu fassen; aber hat er sie einmal gefasst, so wantt und schwant er nicht leicht. In seiner Seele ist ein totalistischer Zug, der ihm jede Wendung als eine höhere Füllung erscheinen läßt. Kaiser Wilhelm wird ein treuer Bundesgenosse Österreich-Ungarns sein, wenngleich es ihm schwer geworden, unser Bundesgenosse zu werden.

Dann wirft sie einen Blick rückwärts und sagt: Dr. v. Bismarck war es, der Österreich aus Deutschland hinausdrängte und den „Nationalverein“ auf die Bahn brachte. Österreich hat sich mit diesem Schicksalschluß ausgelöhnt und die Wunden verschmerzt, welche ihm der Bruderkrieg von 1866 schlug. Nun bietet ihm Deutschland das Nationalvereins, die Hand zu freundschaftlichem Bunde, zu gemeinsamer Abwehr feindlicher Anschläge. Und es nimmt diesen Bund an ohne Rückhalt und Hintergedanken. Vereinigt, wenn auch anders als die Enthusiasten des Jahres 1848 es träumten, sieben nun wieder die deutschen Stämme, um Slaven und Romanen in Schranken zu halten. Es ist ein gewaltiger Zug geschicklicher Bestimmung, welcher sich in dieser Wiedereröffnung fand. Die alte Liebe ist nach schweren und bitteren Erregungen wieder erwacht, und sie wird sich diesmal besser bewähren als zu jener Zeit, da der „großdeutsche“ Traum die Köpfe füllte, denn diesmal ist es ein natürliche mäßiges Band, welches sie gewoben hat, ein Band zwischen zwei gleich mächtigen Staatenwesen, die keinen Neid, keine Eifersucht, keine Rivalität, sondern allein und ausschließlich das Bedürfnis empfinden, einander zu unterstützen in friedlicher und segensvoller Cultrurarbeit.

— Der budapesti Jockeyclub hat den durch seine finanziellen Manipulationen anstößig gewordenen und infolge dessen vom Amte suspendirten Grafen Victor Bichy-Ferraris aus seiner Mitte ausgeschlossen. Antragsteller war Graf Clemens Batthyányi. Das Motiv besagt: die Ausschließung sei erfolgt, weil Bichy die von ihm seinerzeit geforderte Genugthuung verweigerte. Gleichzeitig mit Bichy und durch dasselbe Votum wurde ein anderes Mitglied wegen falschen Spieles ausgeschlossen. Nachdem Bichy die Nachricht erhalten hatte, ließ er den Grafen Batthyányi fordern. Dieser aber erklärte, Bichy sei nicht satisfactionfähig, komme es Hrn. Bichy gerade auf Schaden an, so wolle er (Batthyányi) mit ihm gern an einem oder an dem andern Orte zusammentreffen, aber ein Duell nehme er nie und nimmer an, wenn dasselbe von Bichy proponirt sei.

Schweiz.

Aus Bern vom 23. Oct. wird der augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet: „Vergangene Woche ist im Gotthardtunnel sowol auf der Seite von Götschen als von Birolo zum letzten mal die Tunnelachse abgesteckt worden. Augenblicklich sind noch 766, so Meter zu durchbohren, und man zweifelt nicht, daß bis Neujahr der Richtstollen vollständig durchgebrochen sein wird.“

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Bern vom 23. Oct.:

Bis zur Stunde ist mir, mit Ausnahme ultramontaner Organe, noch nicht ein einziges schweizer Blatt zu Gesicht gekommen, das sich mit dem Urtheil des Bundesgerichtes betreffend die Abwehr des tessiner Recurses, welcher für die Stabio-Affaire eine eidgenössische Kurz verlangt, vollständig zufrieden gestellt erklärt. Da seit derselben vorle drei Jahre verlossen sind, bringen die meisten ihren Lesern an der Hand des Berichtes des Hrn. Bayler, des damals vom Bundesratthe auf Ort und Stelle entsandten eidgenössischen Commissars, zunächst deren näherer Verlauf in Erinnerung, was auch hier am Platze sein dürfte. So berichtet die heutige Berner Post: Es war am 22. Oct. 1876, als die Liberalen in Stabio ein Schützenfest feierten. Dasselbe verlief ganz ruhig, und die Schützen zogen größtentheils wieder heim, nachdem sie ihre vorschriftsmäßigen zehn Schüsse abgegeben hatten. Im Orte selbst, wo schon längere Zeit zwischen den Ultramontanen und den Liberalen eine orge Erbitterung obgetragen hatte, sollte der Tag jedoch nicht so ruhig zu Ende gehen. Der eidgenössische Commissar Bundesrat Bayler schildert den Beginn der Unruhen folgendermaßen: „Ein junger Mann, 17 Jahre alt, Namens Pedroni, seit kurzer Zeit von Genf, wo er die Schule besucht hatte, zurück, machte sich über den Apotheker Catanei lustig; dieser lebhafte schob nun einen Schuh vor den Badeanstalt Ginella auf Pedroni ab. Die Kugel ging diesem durch den Hals, und der Tod trat sofort ein. Der Apotheker flüchtete sich hierauf in das Haus Ginella; dort sah er hinter verabgesetzten Fensterjalousien mit einigen andern Posto. Als nun ein junger Mann Cataneo kam, um den Leichnam Pedroni's wegzuholen, stießen von den Fenstern der Badeanstalt Schüsse, und drei Kugeln streckten Cataneo ebenfalls tot zur Erde nieder. Die in Stabio gebliebenen Schützen stellten sich dann 100 Meter von dem Hause auf und feuerten gegen derselbe, was erwidert wurde.“ Aus dieser Darstellung erhellt, fährt die Berner Post dann fort, zur Geilige, wer den Streit begonnen hat. (Außer Cataneo wurden noch zwei Schützen verwundet, von denen der eine ein paar Monate später seinen Wunden erlag.) Dem immer bestiger werdenden Streit machte endlich Oberstleutnant Mola ein Ende. Der Friedenrichter drang darauf mit diesem in das Haus Ginella ein, wo hinter verbarrikadierten Fenstern fünf Bürger-Gewehre und eine Flinten, welche wurden, auf vorhergegangenem Gebrauche zeugten, gefunden wurden. Außerdem fand sich an einem der Fenster mit einem abgeschossenen Gewehr ein gewisser Giorgetti ebenfalls tot vor, während alle übrigen Bewohner oder Gäste des Hauses (auf dem Tische standen Weinflaschen und sieben halb gefüllte und leere Gläser) entflohen waren. Kurz darauf versammelten sich in Sogno bei Tessere und anderswo ultramontane Freischaren, von denen die in Tagno unter Nationalrat Spinelli am andern Tage durch die Truppen zerstreut wurden. Die Freischaren zogen sich jedoch dann

bei Tessere die Freiheit einer Extra-
tofer auf P
Kommissar
die Aufstu
von Ober
ausgeführt.
Geric
andere Beg
schwanden
montane
„wegen Ueb
feigepros
noch 12 am
nun, fragt
wahrheitlos
zu erkennen
13 brave L
richt zum
lebens, ker
diesem Erle
teresse vor
zergen, da
ein neutral
* Paris
spiel, aber
szenen sich
im Kreise
sehen. G
Glieder,
zählen, sch
nennt die
die turbul
zum Vorw
Humbert f
Charakter
von Koch
tyrer der
von Blang
rat, die C
dere Vertra
lichkeit. W
Infolge de
alle Männer
erhaltung i
geben sind
Ideen der
Emil Gir
nicht zu ve
Längen und
Eitelkeit un
einer Repu
solchen gesa
die unbesch
sich selbst
1815, von
gangen; ein
„Frankreich
und es auf
Journal de
wenn die
publizierter“
Baddington
Die noch n
Söhne der
vor der Co
wenigstens
meine Nach
Débats klag
Räuberband
der Wissni
ganz andere
allgemeine
Princip der
ritischen Kun
es sehr alber
so fest stehe
soll über de
interessiren.“
wählten und
zu vollbrin
Dr. He
Politik W
Gefahrvollen
er, „Freund
weisen solch
schönen Mo
weniger lan
wachen ohne
runde Wirk
Darauf
In der J
darunter ver
leit, auf unb
ventionen ver
leben noch 2
Europa eine
ihnen vollstä
Drohung ein
wir begreifen
Die Geschic

bei Tesserete in einem förmlichen Lager zusammen. Infolge dieser Ereignisse hielt der Bundesrat am 24. Oct. 1876 eine Extraordnung, stellte das burgauische Regiment Rolltöter auf Piken und ordnete Hrn. Bayier als eidgenössischen Kommissar an Ort und Stelle ab. Nachdem Dr. Bayier die Auflösung der Banden angeordnet, wurde dieser Befehl von Oberstleutnant Mola ohne weiteres Blutvergießen ausgeführt. Dies der wahre Sachverhalt. Aber die tessiner Richter scheinen denselben ganz anders anzusehen und ganz andere Begriffe von Gerechtigkeit zu haben als andere Menschenkinder. Zum Untersuchungsrichter ernannte man einen fanatischen Ultramontanen Namens Bosca, und die ultramontanen Streithähne wurden bis auf Catenoza, den man „wegen Überschreitung der Rethoer“ den Aussen überwies, freigesprochen; dagegen wurden Oberstleutnant Mola und noch 12 andere liberale Bürger als Mörder angeklagt. Wer nun, fragt die Berner Post, vermag nach dieser durchaus wahrheitsgetreuen Darstellung nicht in genügendem Maße zu erkennen, daß durch den Spruch des Bundesgerichtes 13 brave Bürger der Parteiwelt der ultramontanen Richter zum Opfer fallen und jahrelang, vielleicht auch zeitsebens, Kerkerlust einnehmen müssen; und wer gewinnt aus diesem Eklat nicht die Überzeugung, daß es im Interesse von Recht und Billigkeit gewesen wäre, daß wir zu jagen, daß die angestellten Liberalen doch wenigstens vor ein neutrales Gericht gestellt worden wären?

Frankreich.

* Paris, 26. Oct. Es ist kein erfreuliches Schauspiel, aber Europa muß sich darin folgen, die Franzosen sich eine Zeit lang wieder wie tanzende Dervische im Kreise drehen und furchtbare Gesichter schneiden zu sehen. Schon zuden die tanzenden Gruppen an allen Gliedern, und die andern, welche die Beine noch nicht führen, schneiden unwillkürlich Gesichter. Der Temps nennt dies „eine Bewegung des Widerstandes gegen die turbulente Politik, welche die allgemeine Amnestie zum Vorwande nehme, deren Vertreter Blanqui und Humbert seien“; die Amnestiefrage aber habe jetzt ihren Charakter geändert: „Die Wahl von Javel, der Brief von Rochefort, die Apotheose der Helden und Märtyrer der Commune“ verlangend, die Triumphalzüge von Blanqui, die Rede von de Heredia im Gemeinderath, die Kandidatur von Garel in Lyon stellen andere Betrachtungen an die Stelle solcher der Menschlichkeit. Man sprach von Rehabilitierung und Revanche! Infolge der so gestellten Frage ist es begreiflich, daß alle Männer, die dem Fortschritt und der Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen aufrichtig ergeben sind, es für nothwendig halten, gegen diese Ideen der Rechtfertigung der Commune zu protestieren.“ Emil Girardin ist unter den tanzenden Dervischen nicht zu vergessen: in der „France“ entwidete er des Langen und Breiten mit wenig Witz, aber unsaglicher Eitelkeit und Altklugheit, daß die Menschheit sich in einer Republik keinen Zwang auferlegen und keinen solchen gesetzen lassen müsse; eine Regierung, die gegen die unbeschränkte Presse- und Redefreiheit auftritt, richte sich selbst zu Grunde: so sei es denen von 1804, von 1815, von 1848, von 1870 bis December 1877 vergangen; eine der Aufgaben der jüngsten Regierung sei, „Frankreich an die Sitten der Freiheit zu gewöhnen und es auf die Gefahren derselben vorzubüßen“. Das Journal des Débats ist dagegen der Ansicht, daß, wenn die Freiheit so fortblüht, die „besten der Republikaner“, die Humbert sc., die schlechten, die Grevy, Waddington sc., bald nach Numen schicken werden. Die noch nicht amnestierten Deportirten, „die besten Söhne der Republik“, sind sammt und sonders schon vor der Commune, die Mehrzahl sogar durchschnittlich wenigstens dreimal wegen Vergehen gegen das gemeinsame Recht verurtheilt worden. Das Journal des Débats sagt: „Wir wissen wohl, daß Rom von einer Räuberbande gegründet wurde; aber das geschah in der Wildnis; der Ursprung unserer Republik ist ein ganz anderer. Und ebendeshalb verwerfen wir die allgemeine Amnestie und das angebliche republikanische Princip der Ungestrafftheit der Presse und der aufrechten Kundgebungen.“ Die République française findet es sehr albern, daß die Regierung einer Republik, die so fest stehe, sich in die kleinen Händel einlässe. „Sie soll über den Fragen schwaben, die nur die Parteien interessieren.“ Schön gefragt, doch in einem so durchwühlten und vom Parteigeiste zerfressenen Lande schwer zu vollbringen.

Dr. Hervé klagt im Soleil über die auswärtige Politik Waddington's, welche Frankreich zu einer gefährlichen Isolierung verurtheile. „Wir suchen“, sagt er, „Freundschaften, die sich von uns abwenden, und weisen solche zurück, die sich uns anbieten. Eines schönen Morgens werden wir aus einem mehr oder weniger langen und traumreichen Schlaf plötzlich erwachen ohne Allianz und ohne Beistand, vor uns die ganze Wirklichkeit, nämlich die Coalition.“

Darauf entgegnet nun der ministerielle National: In der Isolierung liegt unser Heil, wenn anders wir darüber den vollkommenen Verzug auf alle Nationaleitelkeit, auf unberufene und von Hause aus vernichtete Interventionen verstecken. Die Isolierung verbirgt weder zu leben noch zu hören; noch nie haben unsere Vertreter in Europa eine zartere Ausgabe gehabt; wir verlangen von ihnen vollständige und zuverlässige Informationen. Die Drohung einer Coalition kann uns nicht schrecken; denn wir begreifen nicht, wie sie auf uns gemünzt sein könnte. Die Geschichte kennt kein Beispiel von Völtern, die sich

gegen ein anderes verbündet hätten, weil dasselbe sich gründlich von jeder Einmischung in ihre Angelegenheiten fernhielt. Waren unsere Grenzen offen, wären wir wehrlos, so könnte man allenfalls durch die Aussicht auf eine reiche Beute und eine leichte Eroberung angelockt sein. Glücklicherweise haben wir aber die kritische Zeit hinter uns, da der Nachbar sich nur in unser Land hereinzubringen brauchte. Unsere Isolierung ist unangreifbar; aber wir beschränken uns auf die Verteidigung und weisen jede Offensive als eine Tollkühnheit von uns. Frankreich sammelt sich, wie sollte sich Rußland darüber wundern, wenn es wahr ist, daß diese Macht uns, wie der Soleil versichert, ihre Freundschaft anbietet?

Gambetta, der seit seiner Rückkehr mehrfache Unterredungen mit einzelnen Ministern, namentlich mit Ferry und Pépère, gehabt, sowie zahlreiche Besuche von Deputirten empfangen hat, hat sich sicherlich Vernehmen nach dabei in einer Weise über die innere Situation ausgesprochen, welche keinen Zweifel läßt, daß er das Cabinet Waddington zu unterstützen gewillt sei, ohne jedoch zu billigen, daß letzteres einer so accentuierten conservativen Tendenz Raum gebe. Dennoch kanzelt auch heute die République française den Polizeipräfekten Andrieux wegen seiner unnötigen Massregeln gegen die radikale «Marseillaise» scharf ab.

In der vorgestern gehaltenen fünften Sitzung des socialistischen Arbeitercongresses in Marseille legte Dr. Gouttes, Delegierter von Toulon, ein Programm der Verbindung der Arbeit mit dem Kapital dar. Nur zwei Formen seien möglich: Die cooperative Verbindung der Production mit dem Werkzeug und dem Kapital oder die Verbindung der Coöperation und der Product on ohne das Werkzeug und ohne das Kapital. Zur Verwirklichung der zweiten Form ist die Arbeiterklasse zu arm, zu unwissend, obgleich dies nicht ihre Schuld ist. Es bleibt die erste Form; sie ist unmittelbar praktisch. Auf diesen Grundlagen ist sicherlich ein Einverständniß mit den Arbeitgebern möglich. Der Redner wurde hier unterbrochen: „Ja mit unseren Schindern! Ja, anstatt Heu werden wir Stroh fressen!“ Der Redner erklärt, er werde nach Beendigung seiner Rede den Unterbrechern antworten. Nachdem dann der Redner die zahlreichen Schwierigkeiten darlegte, die jetzt den Arbeiter umringen, kommt er zu folgenden Schlussfolgerungen: In Erwägung, daß bei den jüngsten Beziehungen des Kapitals mit der Arbeit die Lage gefälscht ist, daß das Interesse des Arbeiters nicht das Interesse des Kapitalisten und des Eigentümers ist, daß die Ursache dieses Zustandes der Dinge im Lohn zu suchen ist, daß die Aufhebung des Lohnes nur durch die praktische Einführung von Arbeitergenossenschaften der Production erreicht werden könne, daß die Geschäftskrisis und die sociale Krisis nur gelöst werden können, wenn das Kapital und die Arbeit ein gleiches Interesse haben, viel, gut und billig zu erzielen, daß die Arbeiter, die Industriellen und die Kapitalisten, welche einzeln die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital prüfen, sich gegenseitig zu einer fortwährenden Machtlosigkeit verurtheilen, daß, wenn es auch nicht dem Staate obliegt, die öffentliche Wohlfahrt zu decrettiren, es doch seine Pflicht ist, alles zu begünstigen, was die Thätigkeit derselben fördern kann, spricht der socialistische Arbeitercongrès von Marseille den Wunsch aus:

1) Die Regierung möge einen Ausschuß einsetzen, der aus einer gleichen Anzahl Industrieller und Arbeiter besteht, um die Arbeitergenossenschaften und ihre Erzeugnisse vom sozialen Standpunkte und vom gegenwärtigen Standpunkt der Geschäfte aus zu prüfen. 2) Wo ein Geschäftsbetrieb der Genossenschaften und der Production ein Geschäftsgesetz ist, möge es außerhalb des jetzt ausgearbeiteten Gesetzes betreffs der Vereins- und der Versammlungsfreiheit geprüft werden. 3) Die Regierung möge kraft des im obengenannten Ausschusse hergestellten Einverständnisses den Industriellen, die mit den Genossenschaften unterhandeln, Steuererabminderungen bewilligen, oder diesen die Ausführung der Arbeiten der Arsenale und Staatsfabriken anvertrauen.

Der Redner wurde mit Beifall begrüßt. Er stellte sich den Unterbrechern zur Verfügung, doch keiner rührte sich. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Beratung betreffs der Coöperation wieder aufgenommen, aber kein Besluß gefaßt.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris vom 22. Oct.: „Die im Ministerium des Innern eingelaufenen Berichte der Präfecten über den Einbruch des strammen Vorgehens des Präsidenten der Republik gegen die Anarchisten, die rothen und die weißen, lauten einstimmig dahin, daß man wieder aufsatzme und Vertrauen zur Regierung schöpfe. Pépère legte die betreffenden Berichte laut La Paix im letzten Ministrat vor, und es steht zu hoffen, daß er den Präsidenten besser unterstützen werde als bisher. Pépère hat an Ansehen so verloren, daß er schwierlich das neue Jahr im Amt erleben wird. Auch die Errichtung Gambetta's bei der nächsten Präsidentenwahl in der Deputirtenkammer ist sehr wahrscheinlich, obgleich der jüngste Schritt Freycinet's insofern zu seinen Gunsten ausgelegt wird, als Gambetta denselben veranlaßt haben soll. Freycinet nämlich, der bisher mit der République française für die allgemeine Amnestie war, lenkte im letzten Ministrat plötzlich ein und sprach eifrig für energisches Vorgehen gegen die Gesetzloskeiten der Anarchisten. Und es ist hohe Zeit!“

Großbritannien.

+ London, 26. Oct. In seiner Manchesterrede entwickelte Lord Hartington das Programm der liberalen Partei in Bezug auf auswärtige Politik: England habe für sein Mutterland nicht, wie die continentalen Staaten, Einfälle der Nachbarn zu befürchten. Seine großen Colonien und das indische Reich seien allerdings leicht Angriffen ausgesetzt, aber nicht solchen, die die Existenz Englands in Frage stellen. Das britische Reich eigne sich daher nach seiner Lage und nach der Art seiner Hüllsquelle weniger als irgend eine andere Macht für eine Politik militärischer Demonstrationen, und kein Minister sollte einen Krieg androhen oder anfangen, wenn nicht ein so handgreiflich gerechtes Motiv vorliege, daß das ganze Volk opferwillig für den Krieg eintrete. Englands Seemacht sei so groß, daß ihre Allianz stets in Europa begehrt sei werde; diese Allianz müsse bewilligt und benutzt werden, um die Staaten Europas zu dem Zwecke zu verbinden, den Frieden und die Unabhängigkeit Europas zu wahren, die aggressiven Bestrebungen irgendeiner Macht zu bekämpfen, den Schwachen gegen den Starken, den Freien gegen den Unterdrückten zu vertheidigen. Dies sei die Politik, welche die liberale Partei befolgen werde, das Gegenteil der jetzt befolgten.

Die vom Meeting einstimmig angenommene Resolution erklärt es für die Pflicht der Mitglieder der liberalen Partei, „unter Festhaltung ihrer individuellen Überzeugung hinsichtlich der relativen Wichtigkeit einzelner Reformen, entschlossen und mit vereinten Kräften das Land von den überreichten Beschlüssen, thörichten Unternehmungen und finanziellen Extravaganz der gegenwärtigen Regierung zu befreien und die Wiedereinsetzung einer liberalen Staatsverwaltung zu sichern“.

Dr. Gladstone läßt in den Daily News erklären, daß der von dem Reporter eines pariser Blattes (des Gaulois) veröffentlichte Bericht über eine mit ihm gehabte Unterredung in mehreren wesentlichen Punkten ungenau sei.

Wie die Central News melden, sind der König von England seitens zahlreicher indischer Fürsten Begeisterungserklärungen anlässlich des Sieges über die aufständischen Afghane zugegangen.

Belgien.

An verschiedenen Orten ist es, namentlich am 19. Oct. in zwei Dörfern der Ardennen, vorgekommen, daß der Geistliche auf der Kanzel während der Predigt von dem Lehrer der Gemeinde unterbrochen und zur Wahrheit gerufen worden ist. In dem einen Falle hat der persönlich beschimpfte Lehrer gesagt: „Das ist falsch; Sie reden nicht die Wahrheit! Sie haben nicht das Recht, mich persönlich anzugreifen; ich habe das Recht, Ihnen zu antworten, wenn Sie mich öffentlich von der Kanzel der Wahrheit herab beschimpfen.“ Die Etoile belge, die darüber berichtet, erinnert dabei an den vor einigen Jahren vom Appellhof zu Gent in gleicher Sache abgegebenen Spruch. In Saint-Genois bei Courtrai hatte der Pfarrer Defure von der Kanzel herab verkündet, die Feuerbrünste, durch welche der Ort heimgesucht worden sei, hätten die Liberalen der Gemeinde angelegt. Einer dieser Liberalen, der aus gewissen Ausdrücken der Predigt entnahm, daß er persönlich gemeint sei, hatte in seinem Unwillen die geistliche Rede unterbrochen, die Anklage für eine Lüge erklärt und die Kirche verlassen. Darauf erhob der Pfarrer gerichtliche Klage wegen Särgung des öffentlichen Gottesdienstes, der Generalprocurator Wiloth zu Gent aber wies nach Feststellung des Vorfalles die Klage mit dem Bescheide ab: „Will der Diener des Cultus in seiner Kirche nicht unterbrochen werden, will er befugt sein, achtungsvolles Schweigen zu fordern, so muß er sich auch ausschließlich der Ausübung des Cultus weihen. Vergißt er die Achtung, die der Kirche gebührt, thut er Neuherrungen über unheilige Dinge, so segt er sich, zumal wenn diese Dinge aufstreizend sind, dem Widerspruch aus; er hat es sich selbst zu zuschreiben, wenn die Kirche ein Ort des Wortwechsels wird. Der besondere Schutz, den Art. 143 des Strafgesetzbuches dem Priester in seiner Kirche gewährt, ist der Bedingung unterworfen, daß der Geistliche sich auf die Ausübung des Cultus beschränke; misachtet er diese Bedingung, so muß er den Widerspruch hinnehmen; er verliert das Recht, sich über Unterbrechungen zu beklagen; er ist wie jeder andere Staatsbürger dann nur geschützt gegen Beleidigungen und Gewaltthärtigkeiten.“

Heute antwortet nun der Courier de Bruxelles den „socialistischen Liberalen der freimaurerischen Etoile belge“: „Die gläubigen Katholiken haben das Recht, aus ihren Kirchen sofort die Leute auszutreiben, die nur hineinkommen, um die Ausübung des Cultus und besonders die Predigt zu stören. Die Geistlichkeit hat die Polizei in ihren Tempeln, und sie wird davon berechtigten Gebrauch machen.“

Rußland.

Die russische Presse hat sich bei Besprechung des deutsch-österreichischen Bündnisses eine gewisse Zurückhaltung, wenigstens im Vergleich zu früher, auf-

erlegt und sich dafür durch nun so größere Hettigkeit gegen England und namentlich gegen den Marquis v. Salisbury wegen dessen bekannter Rede in Manchester entschädigt. Die deutsche Sanct-Petersburger Zeitung bringt nunmehr eine Besprechung der deutsch-österreichischen Abmachungen, aber diese Besprechung hat eine sehr versöhnliche Tendenz. Es heißt darin:

Wenn Kaiser Wilhelm den Vertrag sanctionirt hat, so ist dies ein Beweis dafür, daß derselbe nicht gegen Russland gerichtet ist und daß er eben nur den idealen Friedenszweck verfolgt, welcher in dem Begriff eines Deutschen Bundes liegt. Kaiser Wilhelm würde ihn sicherlich nicht unterzeichnet haben, wenn er hiermit das langjährige freundliche und intime Verhältniß zu Russland aufgeben müßte; er hat ihn nur unterzeichnet, weil durch die Friedensliga jenes Verhältniß an sich in keiner Weise berührt wird oder berührt zu werden braucht. Einwas Bedrohliches kann die Liga nicht haben; denn vom Jahre 1815—66 hat niemand in der Vereinigung aller dieser militärischen und politischen Kräfte eine Gefahr erblieben, und tatsächlich ist der Deutsche Bund nie aggressiv vorgegangen. Der „Friedensbund“ wird eine andere Rücksicht des Verhaltens gewiß nicht für sich aufstellen. In England ist er mit Freuden begrüßt worden; in Russland aber wird man sicherlich das Misstrauen gegenüber derselben, welches durch einen Theil der Presse gesetzt worden ist, bald verlieren, sobald man sich überzeugt, daß nur alte Traditionen und gemeinsame Kulturinteressen zwei Staaten aneinander geführt haben, welche über jeden Verdacht erhaben sind, Eroberungspolitik zu treiben, und welche sich nur zu dem Zwecke wiedergefunden haben, um den Interessen des Friedens zu dienen.

Der Augsburger Allgemeine Zeitung schreibt man von der russischen Grenze unterw. 28. Oct.: „Wie ich aus guter Quelle erfahre, ist an die Truppendivisionen und an die diesen gleichgestellten Militärcosmandanten die Weisung ergangen, für den Dienst entbehrlieche Mannschaften bis zum März 1880 zu beurlauben. Man darf, da solche Beurlaubungen in früherer Zeit bis zum Ausbruch des russisch-türkischen Krieges regelmäßig stattgefunden, hierin ein Zeichen erblicken, daß man auf militärischem Gebiet zu normalen Zuständen zurückzukehren beginnt, und daß man mit Rücksicht auf die Befestigung des allgemeinen Friedens auch Vertrauen in den Bestand desselben setzt.“

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 28. Oct. Durch die Besetzung des bisherigen Mitgliedes der hiesigen Kreishauptmannschaft Geh. Regierungsraths v. Wixleben nach Dresden — derselbe tritt am 1. Jan. 1880 seine Stelle als Director des königlichen Staatsarchivs derselbst an mit dem Dienstpredicat eines Geheimräths 1. Klasse und mit dem Vorbehalt der Beauftragung mit Referaten im Gesamtministerium — wird bekanntlich das königliche Commissariat bei der Leipziger Zeitung erledigt. Über dieses Commissariat ist bis jetzt noch keine Entscheidung getroffen; vorläufig ist der zur Zeit in Grimma stationirte Regierungsassessor Kohlschütter (derselbe war 1870/71 Hrn. v. Fabrice und Hrn. v. Rositz-Wallwitz in Versailles zur Assistenz beigegeben) als Hülfarbeiter in die hiesige Kreishauptmannschaft berufen worden mit der Bestimmung, bei jenem Commissariat und der Redaction der Leipziger Zeitung verwendet zu werden. Wenn ein hiesiges Vocalblatt das bisher vom Geh. Regierungsrath v. Wixleben bekleidete Commissariat vom 1. Jan. 1880 an „auf den zur Zeit im Ministerium des Innern beschäftigten Rath Hrn. v. Weber“ übergehen läßt, so ist zu bemerken, daß es einen im Ministerium des Innern angestellten Rath Namens v. Weber nicht gibt.

— Die epidemische Augenkrankheit, welche bereits eine größere Anzahl dresdener Schulen heimgesucht, ist nun auch in der Fürstenschule zu Meißen (infolge einer Einschleppung von Dresden aus, wie es heißt) und zwar gleich so heftig ausgebrochen, daß die Schule — vorläufig bis zum 16. Nov. — hat geschlossen werden müssen. Zur Ausgleichung dieser Vacanz sollen, wie man uns schreibt, die Weihnachtsferien auf fünf Tage reduziert werden.

— Über die Verbundung des Regierungsrath Dr. Roscher melden die Dresdner Nachrichten, der Patient habe bereits am vergangenen Sonntag, wenigstens auf Zeit, sein Lager verlassen können.

Handel und Industrie.

* Gerauau, 27. Oct. (Flachgarnmarkt.) Am heutigen Markt entwickelte sich etwas regere Frage; namentlich lenkte sich das Interesse auf Tow- und Leinengewölste, welche leichte Preise leicht bedangen.

* Bremen, 27. Oct. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 7,80, per November 7,80, per December 8,00, per Januar-März 8,10.

* Antwerpen, 27. Oct. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez., 19½ Br., per November 19 bez., 19½ Br., per November-December 19½ Br., per Januar-März 19½ bez., 20 Br. Rubig.

* Glasgow, 27. Oct. (Rohreisen.) Mixed numbers warante 54 Sh. 6 D.

* Avergoot, 27. Oct. Baumwolle. (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Amerikaner ½, Domra ½, D. theuerer.

* Bradford, 27. Oct. Wolle fest, Botanywollen in steigender Tendenz, wollene Garne lebhaft und höher, wellene Stoffe besser.

* Befehlserläuterungen.

* Berlin, 28. Oct. 12 Uhr 10 Min. Eröffnungscours. Ost. Creditact. 463,—, Ost.-Franz. Staatsb. 455,—, Ost. Südbahn (Lomb.) 135,—, Berg.-Märk. 91,50, Köln-Münster 142,—, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,75, Rhein. 147,25, Rumän. 43,10, Disconto-Gomm. 169,60, Königs- und Laurapitite 92,10, Ost. Rose v. 1860 103,90, do. Goldrente 70,10, do. Silberrente 60,—, do. Papierrente 58,90, Russ. Anl. v. 1877 88,75, do. Bankn. 215,25, Deutsche B. 128,50, Ung. Goldrente 82,40, Tendenz: still.

Aus Wien bekannte Curse von 11 Uhr 10 Min. vorm. Ost. Creditact. 266,50, Ost.-Franz. Staatsbahnact. 262,75, Ost. Südbahn (Lomb.) 95,80, Galiz. Karl-Ludwigsb. 239,—, Ost. Goldrente 80,80, Deutsche Marknoten 57,75, Ra-

polonend'or 9,32½, Tendenz: rubig.

* Berlin, 27. Oct. 3 Uhr 15 Min. Sonds. Deutsche Reichsanleihe 97,40, 4proc. preuß. consol. Anl. 97,—, Proc. sächs. Rente 74,50, Ost. 1860er Rose 123,90, do. Papierrente 59,—, do. Silberrente 60,30, do. Goldrente 70,25, Ungar. Goldrente 82,90, Russ. consol. Proc. 1877er Anl. 88,80, do. Orientale II 60,40, do. III —.

Bankaktionen. Allg. Deutsche Creditanst. 144,75, Chemn. Bank. 86,50, Coburger Credit. 78,60, Darmst. B. 136,10, Deutsche B. 128,90, Deutsche Reichsb. 153,40, Disconto-Comm. 170,10, Dresden. B. 118,75, Gerae. B. 89,—, do. Handels- u. Credit. 42,30, Gothaer B. 97,—, Leipziger Discontoef. 78,—, Meining. Creditanst. 88,—, Oberlauf. B. 76,—, Sächs. B. 111,50, Schön. B. 22,—, Thüring. B. —, Weimar. B. 37,25,—, Ost. Creditanst. 464,—, Berliner Handelsgesellschaft 75,50, Prag-Duz 42,75, Pilsen. Prieten 43,—.

Industrieaktionen. Gelsenkirchen 114,25, Königs- u. Laurahütte 91,75.

Eisenbahnauction. Aussig-Tepl. 169,10, Berg.-Märkische 90,90, Berlin-Anl. 95,75, Berlin-Potsd.-Magdeb. 93,—, Breslau-Schweidnitz-Greib. 87,90, Berlin-Stettin 108,90, Köln-Münster 141,60, Galiz. Karl-Ludwigsb. 103,50, Hallesch-Sorau-Guben 14,25, Magdeb.-Halberst. 141,90, Mainz-Ludwigsb. 79,40, Oberschles. La. A 165,90, Prag-Turnau 41,25, Ost.-Franz. Staatsbahn 457,—, do. Nordwestb. 234,—, do. südl. Staatsb. 136,—, Rhein. 147,—, Rumän. Stammact. 42,60, do. Stammprior. 99,25, Würt. 143,—, Weimar-Gera Stammprior. 20,90, Rechte Oberuser 132,32, Berlin-Görlitzer 16,30.

Sorten. Napoleonend'or 16,16, Ost. Banknoten 173,30, do. Silbergulden 172,80, Russ. Banknoten 216,60.

Wechsel Petersburg f. S. 215,—, do. 3 M. 212,20, Wien f. S. 173,30, do. 2 M. 172,30.

* Frankfurt a. M. 27. Oct. Schlusscurve: Londoner Wechsel 20,345, Wiener Wechsel 172,90, Sproc. Sächsische Rente 74½, Ost. Goldrente 70½, Ungar. Goldrente 82½, Russ. Orient-Anl. II. 60½, Köln-Münster 142½, Galizier 207, Hess. Ludwigsbahn 79½, Lombarden 67, Staatsbahn 228½, Darmst. Bankact. 137, Meiningen 83½, Westerr. Creditact. 231½.

* Hamburg, 27. Oct. Silberrente 60½, Goldrente 70½, Creditact. 230, 1860er Rose 124½, Franz. 572, Lomb. 168, Ital. Rente 78, 1877er Russen. 89, Vereinsbank 119½, Laurahütte 91½, Commerzbank 112½, Norddeutsche 150, Intern. B. —, Amerit. 95½, Köln-M. 142½.

* Wien, 27. Oct. Schlusscurve: Papierrente 68,42½, Silberrente 69,80, 1860er Rose 128,25, Nordwestb. —, Bankact. 836,—, Creditact. 267,50, Anglo-Austr. Bank 134,75, London 117,10, Silberatio 100, Ducaten 5,59, Napoleonend'or 9,31½, Galiz. 239,50, Staatsbahn 264,50, Tomb. 75,—, Goldrente 81,—, Deutsche Marknoten 57,67½.

* Paris, 27. Oct. 3 Uhr nachm. Sproc. amortif. Rente 83,42½, Sproc. Rente 81,70, 1872er Aleiale 117,40, Ital. Sproc. Rente 78,80, Ost. Goldr. 69½, Ung. Goldr. 83½, 1877er Russen 92½, Franz. 57,125, Lomb. 176,25, do. Prior. 259,—, 1865er Türk. 11,50, 1869er —.

Leipziger Produktenbörsen vom 28. Oct. mittags 1 Uhr.

Witterung: Nebelig. Weizen per 1000 Ro. netto loco 224—238 M. bez.; rubig. Roggen per 1000 Ro. netto loco 178—188 M. bez.; freimber 165—175 M. bez.; rubig. Gerste per 1000 Ro. netto loco 160—190 M. bez. Hafer per 1000 Ro. netto loco hiesiger 140—148 M. bez. Mais per 1000 Ro. netto loco rumänischer 152 M. bez., amerikanischer 150 M. bez. Raps per 1000 Ro. netto loco 235—240 M. bez. Rapssuchen per 100 Ro. netto loco 13 M. Br. Rübsöl per 100 Ro. netto loco 54,50 M. bez., per Oct.-Nov. 54,50 M. bez., per Nov.-Dec. 54,50 M. bez.; fest. Spiritus per 10000 Liter Proc. ohne fass loco 57,30 M. G. ; höher.

* Leipzig, 28. Oct. Infolge der vorausgegangenen sehr erheblichen Eurosteigerungen machte sich gestern in Berlin die Reigung geltend, die erzielten Gewinne einzuhintern. Infolge dessen vermochte die häufigste Bewegung solche Fortschritte nicht mehr zu machen als während der Vorlage, vielmehr trat an Stelle derselben in verschiedenen Fällen sogar das Gegentheil. Daher kam es auch, daß unsere heutige Börse im eigentlichen Fahrwasser der Haufe nicht mehr steuerte und überhaupt weniger Thailfahrt entwickelte, als dies noch gestern der Fall gewesen war. Nichtsdestoweniger legte aber der ganze Verlauf der Börse Zengnis von der Festigkeit ab, welche ihr noch immer in hohem Grade innewohnt. Das Geschäft war zwar heute nicht so umfangreich als gestern, immerhin konnten aber doch die Umsätze als belangreiche bezeichnet werden.

Deutsche Bonds recht fest; in Frage kamen vorwiegend Deutsche Reichsanleihe, Sächsische Rente und Preußische Consols.

Ausländische Staatspapiere sehr belebt; gehandelt wurden vorwiegend Silber- und Goldrente.

Bahnen ziemlich fest, aber nur zum kleinsten Theile unbekannt; in Frage kamen hauptsächlich Buschlehrer B. die zu höherer Notiz in Posten gehandelt wurden; Rechte Oberösterreich sehr fest; Graz-Köflacher etwas nachgebend; Rheinische niedriger; Potsdamer preishaltend.

Von den Stammprioritäten begegneten Kohlfurt zu etwas ermäßiger Notiz guter Kauflust, Duz-Bodenbach und Gaisbichl recht fest.

Bankacten fest. Leipziger Credit behauptete sich ziemlich auf gestrigem Standpunkte, das Geschäft gestaltete sich sehr lebhaft; Berliner Disconto ziemlich fest, Dresdner Bank steigend, ebenso Leipziger Bank.

Industrieaktionen rubiger; Leipziger Vereinsbier sehr lebhaft; Prioritäten animirt, insbesondere Buschlehrer stark gesucht.

Neueste telegraphische Depeschen.

* Berlin, 28. Oct. In der Thronrede dankt der Kaiser für die Beweise der Theilnahme aus allen Kreisen des Volkes bei der Feier seiner Goldenen Hochzeit. Er hebt sodann hervor, daß der Staatshaushalt infolge der Mehreinnahmen, welche durch die Steuerreform im Reiche aus den Erträgen der Böle und der Tabaksteuer den einzelnen Staaten zufließen sollen, im Laufe der nächsten Jahre allmählich erhebliche Erleichterungen erfahren werde. Die augenblickliche Finanzlage werde jedoch noch wesentlich durch die Nachtheile der seitherigen Verhältnisse bestimmt. In den letzten Jahren habe die Einnahme zur Besteitung der Ausgaben nicht hingereicht. Die zur Ergänzung erforderlichen Mittel würde wiederum durch eine Anleihe zu beschaffen sein.

Die Thronrede kündigt Gesetzentwürfe an betreffend die Regelung der Verwendung der dem Staatshaus halte aus dem Ertrage der Reichsteuern zufließenden Mehreinnahmen zu Nachlässen an der Kloß- und Einkommensteuer. Eine durchgreifende Reform der direkten Besteuerung werde bis zu einer günstigeren Gestaltung der Finanzlage vorzubehalten sein.

Die Thronrede kündigt Gesetzentwürfe an betreffend die Einführung einer Steuer auf den Absatz geistiger Getränke an; ferner eine Vorlage von Verträgen betreffend die Überführung wichtiger Aktien-Eisenbahnunternehmungen in die Hände des Staates, und einen Gesetzentwurf betreffend die Ausführung neuer Eisenbahnlinien mit Unterstützung des Staates. Ferner eine Denkschrift über die Regulirung der fünf Hauptströme.

Die weitere Durchführung der Verwaltungsreform erfordert Abänderung in der Einrichtung der höhern Verwaltungsbehörden und deren gleichzeitige Einführung in der gesamten Monarchie; ebenso sei die Ausdehnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit auf das ganze Staatsgebiet erforderlich. Die betreffenden Gesetzentwürfe würden vorgelegt werden. Die Regierung werde sich angelegen sein lassen, durch Erlass von Kreis-Provinzialordnungen diejenigen Landesteile ausgesetzt zu fördern, welche die der Verwaltungsreform entsprechenden Ordnungen noch nicht besitzen.

* Budapest, 27. Oct. Unterhaus:

Der Finanzminister wird morgen dem Unterhause folgende Gesetzentwürfe vorlegen: 1) betreffend die Regulirung der Erwerbsteuer, hieraus wird ein Mehrertrag von 800000 Fl. erwartet; 2) einen Gesetzentwurf über Abänderungen der Transportsteuer, welche ein Plus von 800000 Fl. ergeben soll; 3) einen Entwurf betreffend die Einführung einer Gewinnsteuer, welche ein Plus von 60000 Fl. ergeben soll; 4) die Einführung einer Militärtaxe, aus welcher ein Ertrag von 2½ Mill. erwartet wird; 5) ein Gesetz betreffend die Einführung einer Weg- und Brückenabgabe; 6) einen Entwurf über den Aufschuß der Kapitalisierung für die ungarische und siebenbürgische Grundentlastung und Weinzebotobligationen. Die Sparbarth hierdurch wird pro 1880 mit circa 2,800000 Fl. berechnet und soll in den späteren Jahren jährlich 3½ Mill. betragen. Die für das Jahr 1879 war die gesamte Kapitalisierung auf 36½ Mill. veranschlagt, sodass das Deficit pro 1880 18½ Mill. Fl. weniger beträgt. Gleichzeitig mit dem Budgetentwurfe wird der Finanzminister den Bericht über den Rentenverlauf und die Einführung von 158 Mill. Schabous vorlegen. Für letzteren Zweck wurden verwendet effektiv 180 Mill. Fl., wovon 178 Mill. durch den Rentenverlauf und 2 Mill. durch den Verkauf kleinerer Staatsgläser gebildet wurden.

Der Finanzminister Szapary wird morgen ferner den Budgetentwurf pro 1880 vorlegen. Die Gesamtausgaben sind hierauf auf rund 253 Mill. die Gesamtentnahmen auf 236 Mill. veranschlagt. Das Deficit beträgt somit 17,300000 Fl. Da jedoch gleichzeitig der Petrolenzoll erhöht wird, was für die ganze Monarchie 5 Mill. Fl. ausmacht, wovon auf Ungarn 1,800000 entfallen, so reducirt sich das Deficit auf 15½ Mill. Fl. Hierzu kommen an Kosten für die Occupation Bosniens noch 2½ Mill., obwohl sich das gesamte Deficit auf 18 Mill. Fl. stellt. Für das Jahr 1879 war das Gesammbudget auf 36½ Mill. veranschlagt, sodass das Deficit pro 1880 18½ Mill. Fl. weniger beträgt. Gleichzeitig mit dem Budgetentwurfe wird der Finanzminister den Bericht über den Rentenverlauf und die Einführung von 158 Mill. Schabous vorlegen. Für letzteren Zweck wurden verwendet effektiv 180 Mill. Fl., wovon 178 Mill. durch den Rentenverlauf und 2 Mill. durch den Verkauf kleinerer Staatsgläser gebildet wurden.

Der Finanzminister war ermächtigt, in diesem Jahre 100 Mill. Gold und silber Szegedin 3,800000 Gold durch Creditoperationen zu beschaffen. Gleichzeitig würden nur 102,700000 beschafft, wovon nach Einlösung der Schabous und des bisherigen Bedarfs des laufenden Jahres Ende October 29 Mill. zur Verfügung bleiben, und zwar in den Staatsklassen 15 Mill. und verzinslich angelegt 14 Mill. Außerdem stehen 15 Mill. noch nicht emittirte Goldrente zur Verfügung, sodass aus dem vorhandenen Kassavorrat ohne Inanspruchnahme der für das nächste Jahr zu votirenden Creditoperationen der Januarcoupan eingelöst werden kann, welcher bei der Goldrente allein 14 Mill. ausmacht.

* Rom, 27. Oct. Die Kronprinzessin des Deutschen Reiches in Pegli ist seit einigen Tagen nicht mehr zu sehen. Der Kronprinz hat daher seine projectile Reise nach Rom verschoben. — Die italienischen Botschafter in Wien und London sollen zu einer Konferenz hierher berufen werden. (Post.)

* Paris, 27. Oct. Anlaßlich des jüngsten Empfanges von Don Carlos in der Militärscuole von Saumur hat der Kriegsminister eine Disciplinarstrafe über den Commandanten dieser Scuole, General L'Hoste, verhängt. — Der Generalrat des Seine-departements hat mit allen gegen 4 Stimmen eine Resolution zu Gunsten der vollständigen Amnestie angenommen.

London pr. 1 L.
Paris pr. 100 Fr.
Petersburg pr. 10
Warschau pr. 100
Wien pr. 100 Fr.

Amsterdam pr.
Brüssel und Antwerp
London pr. 1 L.
Paris pr. 100 Fr.
Petersburg pr. 10<br

peschen.

rebe dankt
me aus allen
er Goldenen
der Staats-
che durch die
en der Böle
ten zufließen
ähnlich erheb-
augenblid.
ch durch die
stimmt. In
Bestreitung
Ergänzung
eine An-

an betreffend
Staatsbank-
zusfließenden
lassen- und
orm der di-
stigsten Ge-

entwurf be-
den Aus-
Vorlage von
tiger Action-
Staates,
Ausführung
Staates.
ng der fünf

ungereform
der höhern
Gefühle
so sei die
it auf das
ffenden Ge-
Regierung
Erlass vom
theile un-
valtungsbere-
bestigen.

exhaus fol-
Regulirung.
rägnis vor
der Abände-
80000000
Einführung
fl. ergeben
welcher ein

Gesetz be-
hdenkens-
italstiftung
fassung und
h wird pro
in den spä-
tig für den
ungen wird

ferner den
tausgaben
teinnahmen
trägt somit
leumjahr re-
I. fl. aus-
so rednict
kommen an
Rill., obig
für das
Will. ver-
ll. fl. ne-
wurde wird
verkauf und
gegen. Für
Will. fl.
ab 2 Mill.
wurden.

sem Jahr
bold durch
wurden mit
er Schah-
en Jahren
und zwar
angelegt
emittirt
erhandenen
as nächste
Kartoupan-
ente allein-

fin des
en Tagen
projectrie
enischen
zu einer
Post.)
ten Em-
hule von
inarstrafe
General
Seine
men eine
testie ans

Leipziger Börse.

28. Oct.

Wechsel.

Amsterdam pr. 100 Cr. S.	{ k. S. p. 2 T. 188,30 G
Brüssel und Antwerpen pr. 100 Frs.	{ k. S. p. 2 M. 187,40 G
London pr. 1 L. Sterl.	{ k. S. p. 2 T. 69,35 G
Paris pr. 100 Francs	{ k. S. p. 2 M. 78,70 G
Petersburg p. 100 Silb. Rubel	{ k. S. p. 2 M. 30,35 G
Warschau p. 100 Silb. Rubel	{ k. S. p. 2 M. 30,34 G
Wien pr. 100 fl. in Oesterl. Währ.	{ k. S. p. 2 M. 79,45 G

Deutsche Fonds.

Deutsch R.-Anl. 1877 v. 5000-3000 M. 4	1/4, 1/10 97,30 b&G
do. do. do. v. 500-300 M. 4	do.
do. do. do. v. 500-300 M. 4	97,30 b&G
g. S. Rentenanzl. v. 1876 v. 5000-3000 M. 3	1/1, 1/7 74,85 G
do. do. do. v. 1000 M. 3	74,85 G
do. do. do. v. 500 M. 3	74,85 G
do. do. do. v. 500 M. 3	74,85 G
do. do. do. v. 300 M. 3	74,85 G
do. do. do. v. 300 M. 3	74,85 G
do. do. do. v. 300 M. 3	74,85 G
K. S. Anl. v. 1830 v. 1000 u. 500 M. 3	1/4, 1/10 97,30 G
do. do. do. 1830-200 M. 3	da.
do. do. do. 1830-100 M. 3	do.
do. do. do. 1830-50 M. 3	do.
do. do. do. 1830-25 M. 3	do.
do. do. do. 1830-10 M. 3	do.
do. do. do. 1830-5 M. 3	do.
do. do. do. 1830-2 M. 3	do.
do. do. do. 1830-1 M. 3	do.
do. do. do. 1830-500 M. 3	1/4, 1/10 90,90 b&B
do. do. do. 1830-100 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-500 M. 3	1/4, 1/10 90,90 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-500 M. 3	1/4, 1/10 90,90 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	90,90 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	90,90 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-10 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-5 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-2 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-1 M. 3	100,00 G
F. d. Pr. Cr. B. Cr. A. D. Cr. v. 1830-300 M. 3	1/4, 1/10 100,00 G
do. do. do. 1830-100 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-50 M. 3	100,00 G
do. do. do. 1830-25 M. 3	100,00 G
do	

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Deutsche Dichter des sechzehnten Jahrhunderts.

Mit Einleitungen und Worterklärungen.

Herausgegeben von Karl Goedeke und Julius Tittmann.

Zwölfter Band.

Schwänke des sechzehnten Jahrhunderts. Herausgegeben von Karl Goedeke.

8. Geh. 3 M. 50 Pf. Geb. 4 M. 50 Pf.

Aus der Volksliteratur der Reformationszeit sorgfältig ausgewählte Märchen, Novellen, Legenden, Parabeln, Lügengeschichten, Pfaffenhistorien u. dgl., von dem Herausgeber mit erklärenden Anmerkungen und einer lehrreichen Einleitung versehen. Die oft derben Scherze und Schwänke liefern ein charakteristisches Bild von dem deutschen Volksleben jener Zeit.

Der 1. bis 11. Band der „Deutschen Dichter des sechzehnten Jahrhunderts“ enthalten:

1. Niederbuchs aus dem sechzehnten Jahrhundert.
2. Schauspiele aus dem sechzehnten Jahrhundert. 1. Theil. (Ristolaus Rauel. Paul Rehun. Siehart Kuhmann. Iacobus Hantelin. Sebastian Wild. Petrus Diesel.)
3. Schauspiele aus dem sechzehnten Jahrhundert. 2. Theil. (Bartholomäus Krüger. Iacobus Krüger.)
4. Hans Sachs' Dichtungen. 1. Theil. Geistliche und weltliche Lieber.
5. Hans Sachs' Dichtungen. 2. Theil. Spruchgedichte.
6. Hans Sachs' Dichtungen. 3. Theil. Dramatische Gedichte.
7. Sebastian Brant, Das Narrenschiff.
8. Georg Nossenhausen, Frohsinnsester.
9. Georg Nossenhausen, Frohsinnsester.
10. Teuerdank.
11. Thomas Murner, Die Narrenbeschwörung.

Jeder Band geh. 3 M. 50 Pf. geb. 4 M. 50 Pf.

[2003]

EISENTROPFEN
(FER BRAVAIS)

Bestes Blut bildendes Mittel.

Reichsapotheken bei Reichsstadt, Blutarmuth, Schwäche u. j. w. Heiler ist nur oder Säure, ohne Geruch, ohne Geschmack, ohne den Magen u. die Bäuche angutgetrieben. Erzeugt keine Verstopfung. Ein Glaccon für einen Monat hinreichend. Brothüten gratis.

Vor Nachahmung wird gewarnt.

(Paris et Lafayette 13) Zu haben in den meisten Apotheken des In- & Auslandes.

Auf frische Bestellung Postverband durch: die Victoria-Apotheke, Fried- rickstr. 19, und die Strauss-Apotheke, Stralauerstr. 47 in Berlin. [617-60]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Das Staats-Recht der Preussischen Monarchie.

Von

Ludwig von Körne.

Dritte vermehrte und verbesserte Auflage.

Zwei Bände in vier Abtheilungen. 8. Geh. 36 M. Geb. 40 M.

Das rühmlichst bekannte Werk ist in der vorliegenden dritten Auflage vom Verfasser gänzlich umgearbeitet und mit den inzwischen eingetretenen Gesetz- und Verfassungsänderungen bereichert worden.

[2004]

**Viertes
Abonnement-Concert
im Saale des Gewandhauses
zu Leipzig.**

Donnerstag, 30. October 1879.

Erster Theil. Ouverture zu Schiller's „Demetrius“ von Joseph Rheinberger. (Zum ersten male.) — Scene und Arie aus „Oberon“ von Weber, gesungen von Frau Sachse-Hofmeister, Königl. Sächs. Hof-Opernsängerin. — Concert für Pianoforte, komponirt und vorgetragen von Herrn Edvard Grieg. — Lieder mit Pianoforte, gesungen von Frau Sachse-Hofmeister, a) „Du bist die Rab“ von Franz Schubert. b) „Frühlingslied“ von Mendelssohn. — Fantasie für Violine über „Othello“ von H. W. Ernst, vorgetragen von Herrn Arnold Rose aus Wien.

Zweiter Theil. Symphonie (No. 1, B-dur) von Robert Schumann.

Billets à 3 M., Sperrsätze à 4 M. sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Einlass um 6 Uhr. Anfang 1/2 Uhr. Ende 1/2 Uhr.

Das 5. Abonnement-Concert ist Donnerstag den 6. November 1879.

Eintrittskarten zur Hauptprobe, welche Mittwoch den 29. October, Vormittag 9 Uhr, stattfindet, sind à 2 M. am Eingange des Saales zu haben.

[2000] Die Concert-Direction.

**Leipziger Tageskalender
vom 29. October.****Eisenbahnfahrten.**

Böhmischer Bahnhof. A. **Pünktle Leipzig-Hof.** Abf. 8. 45 (Görl. Bf.), Mg. 6. 25 (Görl. Bf.).

Bekanntmachung: Prof. Dr. Karl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.
Geschichte der deutschen Poëste.

nach ihren antiken Elementen.

Von

Carl Leo Cholewiens.

Zwei Theile. 8. Geh. 16 M. Geb. 19 M.

Das Werk gilt mit Recht für eine höchst wichtige, mit dem größten Fleiss und feinsten Geschmack ausgeführte literarische Arbeit von bleibendem Werth, die auch das größte Publikum zu fesseln vermögt.

Ur. Sei
einen ab
pr
sichtlich
zur einge
20

Tel
* glüh
General
der Oberst
und der G
bei seiner P
zünd beleue
Bahnhofe v
General B
noch an de
und den h
und nahm
quartier.
halter das
schiedene in
den Räume
demselben e
meinderath
Landesaussc
und der H
Lehranstalte
Mitglieder
wie die Ve
sich jeden
hatte name
rathes eine
der Statho
persönliche
gut, sich le
Auge gescha
Stathalter
anstatt, die
nahm seine
Citt vorwic
Diner, an
der Stathal
der Bürger
Stathalter
Rede hande
Wünschen i
Entwickelun
Stathalter
bei seiner P
verschaffte
grüßt.

Die Annonen-Expedition von J. Barck & Co.

in Halle a. d. Saale

empfiehlt sich zur Annahme von Inszena
in alle Zeitungen.**In der Serie gezogene
preußische 100 Thlr. Präm.-Loose.**

Hauptgewinn 225000 M.

So lange der Vorraum reicht bei

Grünwald Salzberger & Co., Cöll.

Prospekte gratis und franco.

[1995-98]

**Reisender
gesucht!**

Ein Geschäft, technischer Bedarfssat
kel für Fabriken, in Österreich, sucht
einen Reisenden, der besonders den
Bedarf der Spinnereien und Webereien
genau kennen muss und solche Establissemens
bereits länger besucht hat.

Bewerber, welche auch mit der technischen
Gummibaum-Branche vertraut sind, erhalten
den Vorzug. Offerten mit Referenzen und
der Angabe seitheriger Tätigkeit unter A.
B. 2 an Haasenstein & Vogler in
Prag zu richten.

[2001-2]

Familien-Nachrichten.

Berlobt: Dr. Ferdinand Jahn in Leip
zig mit Fr. Amalie Drechsler. — Dr.
Past. design. Julius Kneschke in Waller
dorf mit Fr. Anna Biedermann in Bitt
tau. — Dr. Kaufmann Bruno Kestman
in Leipzig mit Fr. Marie Schulze. — Dr.
Postpraktikant Wienhold in Leipzig mit
Fr. Clara Wachler in Grimma.

Getraut: Dr. Gerichtsschreiber Hermann
Endler in Lengefeld im Gebirge mit Fr.
Alma Göpser. — Dr. Otto Hertig in
Leipzig mit Fr. Marie Schubert. — Dr.
Baumeister Otto Horn in Neudorf bei
Pirna mit Fr. Ernestine Naumann.

Dr. Amtsrichter Dr. Erich Kreftel in Reide
nau mit Fr. Therese Höding aus Anne
berg. — Dr. Dr. jur. Ernst Peters in
Leipzig mit Fr. Helene Lippold. — Dr.
Louis Röhl in Ilmenau mit Fr. Rosa Moes
th in Leipzig. — Dr. Heinrich Schmidt
in Leipzig mit Fr. Anna Bernhardt.

Geboren: Dr. O. Heinze in Leipzig
eine Tochter. — Herr Bernhard Löb in
Leipzig ein Sohn. — Dr. Civilingenieur
F. Lewy-Hoffmann in Meran in Südtirol
ein Sohn. — Dr. Paul Martin in
Leipzig eine Tochter. — Dr. Oswald Sey
del in Leipzig ein Sohn. — Dr. Landgerichtsrath Max Siegel in Dresden eine
Tochter.

Gestorben: Frau Marianne verw. Ble
schmidt, geb. Schid, in Forsthaus Kleinröhr
dorf. — Dr. Johann Eduard Braunschweig
in Leipzig. — Dr. Commerzienrat Ad
Davignon, ans Leipzig, in München. — Dr.
Brandversicherungsinspector a. D. Fried
rich Rudolf Benno Diez in Dresden. —
Frau Agnes Hofmann, geb. Wiesner, in
Leipzig. — Frau Rosalie verw. Kanne,
geb. Kälin-Röhrsche in Leipzig. — Dr. Heinrich
Reiche-Eisenstück in Dresden. — Dr.
Postinspector Emil Salolowski in Dres
den. — Dr. Paul Schneider, geb. Möbius,
in Leipzig. — Dr. August Louis Schröter
in Lößnitz. — Dr. August Troeger in
Plauen.

ASTHMA und CATARRHEBestes Linderns-
mittel.

Depot in allen Apotheken.

[E]

[G]

[H. 1.70]

[I]

[L]

[M]

[N]

[O]

[P]

[Q]

[R]

[S]

[T]

[U]

[V]

[W]

[X]

[Y]

[Z]

[AA]

[BB]

[CC]

[DD]

[EE]

[FF]

[GG]

[HH]

[II]

[JJ]

[KK]

[LL]

[MM]

[NN]

[OO]

[PP]

[QQ]

[RR]

[SS]

[TT]

[UU]

[VV]

[WW]

[XX]

[YY]

[ZZ]

[AA]

[BB]

[CC]

[DD]

[EE]

[FF]

[GG]

[HH]

[II]

[JJ]

[KK]

[LL]

[MM]

[NN]

[OO]

[PP]

[QQ]

[RR]

[SS]

[TT]

[UU]

[VV]

[WW]

[XX]

[YY]

[ZZ]

[AA]

[BB]

[CC]

[DD]

[EE]

[FF]

[GG]

[HH]

[II]

[JJ]

[KK]

[LL]

[MM]

[NN]

[OO]

[PP]

[QQ]

[RR]

[SS]

[TT]

[UU]

[VV]